

ROTER MORGEN

Nr.24 24.12.97 31.Jahrgang 1DM

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Erscheint 14-tägig

Studentenstreiks

Seite 2, 6-7

Gleiche Recht für alle, die hier leben

Seite 3

Redaktion: Zeitungsverlag RM, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
 Tel. 0711/8702209 Fax 0711/8702445
Vertrieb: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.
E-Mail: KPD-Roter-Morgen@t-online.de
Internet: <http://home.t-online.de/home/KPD-Roter-Morgen>

Der Rentenkompromiß von CDU/CSU/FDP und SPD Renten runter, Steuern rauf!

Am 11.12. haben CDU/CSU/FDP und SPD gemeinsam im Bundestag einen „Rentenkompromiß“ durchgepackt. Danach soll eine geplante Erhöhung des Beitrages zur Rentenversicherung um 0,7% auf 21% wegfallen und dafür die Mehrwertsteuer erhöht werden. Das bedeutet um rund 10 Milliarden DM höhere Steuern! Das entspricht ungefähr der Summe, die eine Erhöhung des Rentenbeitrages gebracht hätte. Warum der ganze Aufwand, wenn wir am Ende doch mehr zahlen müssen? Nun, bei der jetzigen Regelung zahlt das Kapital nichts. Denn

bei einer Erhöhung des Rentenbeitrages muß das Kapital die Hälfte mitbezahlen. Die Mehrwertsteuer dagegen wird allein vom Verbraucher gezahlt. Unternehmen können die Mehrwertsteuer, die sie beim Kauf von Produkten zahlen, mit der Mehrwertsteuer, die für von ihnen verkaufte Produkte fällig wird verrechnen. D.h. sie zahlen selbst keine Mehrwertsteuer. Das ist der ganze Sinn des „Großeinsatzes“ von SPD und Regierung gewesen: Das Kapital sollte von sozialen Lasten befreit werden. Ausführlicher darüber im nächsten RM.

Artikel zum Fall Roeder „Sofortiger Rücktritt Rühes und Kinkels!“ auf S.11



An der Bundeswehr-Akademie

Aus „Badische Zeitung“ / Zeichnung: Stuttmann

„Ist die physische Vernichtung vorzubereiten“

Neue Erkenntnisse über die Arbeit und die Zerschlagung der Sektion DDR der KPD/ML (1. Teil)

von Herbert Polifka

Seit einigen Monaten liegt nun eine 45 Seiten umfassende DINA4-Schrift des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ vor. Die von der Abteilung Bildung und Forschung herausgegebene Reihe ist von Tobias Wunschik verfaßt unter dem Titel „Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer `Sektion DDR` durch das MfS“. Es ist die

erste Abhandlung aus bürgerlicher Sicht über die Sektion DDR, die seit dem Anschluß der DDR veröffentlicht wurde. In den bundesdeutschen Medien, in Presse, Rundfunk und Fernsehen gibt es lediglich eine Form der Opposition in der DDR, die Opposition von bekannten Schriftstellern, Liedermachern und Wissenschaftler. Darunter sind solche „Kommunisten“ wie Havemann. Oder ein Herr Biermann - der

Fortsetzung auf S.8

Lesen und weitergeben!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Ausgabe der Sektion DDR Januar 1979 Solidaritätspreis 30 Pf.

Der Wohnungsbau dient der Ausbeutung der Werktätigen

Er ist hochqualifizierter Dreischichtarbeiter, Wartungsmechaniker, sie ist Verkäuferin.

Der illegale ROTE MORGEN wurde in der DDR von Zigtausenden gelesen.

IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen

Mitte Dezember, zwei Wochen vor dem 10. Jahrestag der Gründung unserer Partei und dem 3. Jahrestag der Sektion DDR, trat in Hamburg der IV. Ordentliche Parteitag der KPD/ML zusammen. Auf der Seite 5 veröffentlicht der „Rote Morgen“ Auszüge aus dem Communiqué des Parteitages, das einen Überblick über die Arbeiten der Delegierten zu diesem höchsten Organ der Partei gibt.

Die Mao-Tse-tung-Ideen widersprechen dem Marxismus-Leninismus

Seit ihrem Bestehen hat unsere Partei, die KPD/ML, an der Auffassung festgehalten, daß es für die Arbeiterklasse unmöglich

Bericht aus einer Hochschule in NRW

Wenn von unseren Streik- und Protestaktionen an den Hochschulen berichtet wird, dann wird dies in den Medien meistens als Forderung nach mehr Geld und besseren Bedingungen dargestellt. Und tatsächlich am Anfang war es wohl die Unzufriedenheit über die Studienbedingungen, die dazu führte, daß wir uns sehr schnell den bundesweiten Streiks mit überwältigender Mehrheit anschlossen. Die HRG-Novelle war uns bis dahin eigentlich unbekannt. Erst dann bildeten wir Arbeitsgruppen, die anfangen die Hintergründe zu durchleuchten. Die Diskussionen entwickelten sich immer höher, denn sie wurden politisch. Nun wurde die HRG-Novelle zum Ge-

genstand der Proteste, denn sie würde in Ihrer Umsetzung dazu führen, daß die Hochschulen ganz im Sinne der Profitlogik der Industrie umgestaltet würden. Hat die Industrie bisher auch das Ziel der Entpolitisierung der Hochschulen verfolgt, siehe Aberkennung des allgemeinpolitischen Mandates des Asta, so findet sich zu unserer Freude eine Studentenschaft die sich immer mehr mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzt und Erfahrung im gemeinsamen Kampf sammelt. Bis vor kurzem ist in unserem Fachbereich jeder eigentlich nur seinem Studium nachgegangen. Doch jetzt lernt man sich erst richtig kennen, diskutiert über Aktionen und organisiert sie erfolg-

reich. Eine Stärke des Streiks ist gerade die Tatsache das wir Genossen der KPD nicht die Vorreiter sind, sondern die Kommilitonen gemeinsam feststellen, daß Streik nicht wie anfangs heißt Plätzchen zu verteilen, sondern Banken gestürmt werden, Besetzungen von Kreuzungen oder die Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen Nichtstudenten gesucht wird. So wurden bei der Erstellung der Transparente die Forderungen „Gegen Bildungs- und Sozialabbau“ etc wie selbstverständlich aufgenommen. Die ersten eigenen Erfahrungen mit den Medien bringen viele zum Nachdenken. Denn die schwache und verfälschende Berichterstattung war allen aufgefallen. So beschlossen wir, unseren „Jugendsender“ Einslive anzurufen und zu bitten, über unsere Aktio-

nen zu berichten. Schon die Art und Weise der Ablehnung zeigte, in wessen Dienst die Medien stehen und löste eine Faxprotestlawine aus. Auch die Rolle der Politiker wird allen praktisch vorgeführt. Wenn Rüttgers jetzt immer noch behauptet das neue HRG würde die Forderungen der Studenten zum größten Teil umsetzen, zeigt das nur, daß er die Entwicklung der letzten Wochen leugnet und damit erst recht die Studenten zu größeren Aktionen (Besetzung des NTV-Nachrichtensenders) herausfordert. Auch die SPD hat keine Schnitte bei den Studenten, kein Wunder, wenn selbst der Bildungspolitiker Glotz Studiengebühren fordert. Die Ablehnung der bürgerlichen Parteien ist nach den heuchlerischen Solidarisierungen nicht verwunderlich und aus unserer Sicht natürlich sehr erfreulich. Allerdings wird die Ablehnung von Parteien pauschalisiert, also auch z.T. auf die KPD übertragen und dies ist natürlich weniger erfreulich. Dies ist dann auch die Schwäche der Studentenbewegung, daß sie keine klare Perspektive hat. Aber dafür sind wir Genossen ja da und in einem Umfeld, wo andere die Frage nach einer anderen, nichtkapitalistischen Gesellschaft aufwerfen, macht Hochschulpolitik auch richtig Spaß.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) stellt sich vor:

In der Tradition von Luxemburg, Liebknecht und Thälmann wurde die KPD am 31.12.1968 in Hamburg neu gegründet, als Gegenpol zur von der SED finanzierten DKP. Gründer der Partei waren Ernst Aust und andere Kommunisten, die erkannt hatten, daß in verschiedenen Ländern wie in der Sowjetunion, DDR u.a. der Sozialismus zu Grabe getragen worden war. Ihnen war klar, daß mit dieser negativen, unumkehrbar gewordenen gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern die Rückkehr in die Arme des „normalen“ Kapitalismus vorprogrammiert war.

Folgerichtig wurde 1975 auch in der damaligen DDR unter sehr schwierigen Bedingungen die Sektion DDR der KPD gegründet. Sie versuchte, eine illegale Arbeit gegen die SED und das Honecker-Regime aufzubauen, verbunden mit dem politischen Ziel der Wiederherstellung tatsächlicher sozialistischer Verhältnisse. Anfang der achtziger Jahre wurde durch die Stasi die Struktur der illegalen KPD in der DDR aufgedeckt, Mitglieder verhaftet und viele mußten für Jahre ins Gefängnis.

In Westdeutschland wurde die KPD zunehmend ein Spielball von politischen Kräften, deren erklärtes Ziel darin bestand, die KPD aufzulösen. Trotz zeitweiliger Erfolge der Partei, die zu einem spürbaren Einfluß in Betrieb und Gewerkschaft, sowie in einzelnen Städten und Regionen führten, basierte die Entwicklung der KPD noch nicht auf wirklich soliden

Fundamenten. In erster Linie deshalb, weil man die wissenschaftliche Methode des Marxismus noch allzuoft mit dem Nachbeten angeblicher, zuweilen religiöse Züge annehmender Prinzipien verwechselte. Idealistische Träumereien, aber auch Anpasserei vermischten sich mit ernsthaften Bemühungen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Alternative zu entwickeln.

Die Marxisten-Leninisten in der Partei begannen 1985 mit dem Neuaufbau.

Nach jahrelangen Klärungsprozessen - analog zum endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus weltweit - konnte die KPD Anfang 1993 ein den Verhältnissen in Deutschland angepaßtes kommunistisches Programm vorlegen. Frei von jeglicher Anlehnung an Sek-

tenmentalität, an neue und alte „sozialistische Götter“, ob sie nun Honecker, Mao, Kim Il Sung oder Castro heißen mögen. Dieses Programm ermöglicht die Entwicklung zu einer ernsthaften politischen Kraft.

Heute geht es um eine zielstrebige Verbreitung einer soliden, an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierten kommunistischen Partei. Die politische Lösung der KPD „Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!“ signalisiert das. Wir sprechen die an, die nach einer Alternative zum kapitalistischen Deutschland suchen, sich fortschrittlich, klassenkämpferisch engagieren und bewußt organisieren wollen:

Nehmt Verbindung auf zur Kommunistischen Partei Deutschlands!

"Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!" - das steht im Mittelpunkt der Arbeit unserer Partei. Nutzen Sie die Gelegenheit, die KPD einmal näher kennenzulernen.

Ich möchte das Programm der KPD zugeschickt bekommen (bitte 3 DM in Briefmarken beilegen).

Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD eingeladen werden.

Ich möchte ein unverbindliches Gespräch

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ, Wohnort.....

Bitte ausschneiden und einsenden an: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

IMPRESSUM

Hrsg.: ZK der KPD.
Verlag: Diethard Möller, Zeitungsverlag Roter Morgen, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
V.i.S.d.P.: D.Möller, Postf. 401051, 70410 Stuttgart
ISSN 0939-2947

Redaktion: Zeitungsverlag RM, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
Telefon: 0711/8702209
Telefax: 0711/8702445

Vertrieb: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Redaktionsschluß für RM 1/98: 17.1.98; Eilmeldungen bis 19.1.98 an Redaktion in Stuttgart.





AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gleiche Rechte für alle, die hier leben!

Eine positive Initiative aus den Reihen der Gewerkschaften

Seit einiger Zeit gibt es einen Aufruf von Gewerkschaftern aus dem Raum München, der mittlerweile aber in ganz Deutschland herumgeht, unter dem Motto „Gleiche Rechte für alle, die hier leben!“. Diese gerechte Forderung ist nicht neu. Neu ist, daß gewerkschaftliche Kräfte von der Basis aktiv und selbständig dafür eintreten. Das Selbstverständliche wird hier in einfachen, klaren Worten gefordert, sodaß es jede Kollegin, jeder Kollege verstehen kann - wenn er nur will. Ohne viel Drumherum wird nicht um dieses Recht gebettelt, sondern es wird verlangt.

Klar ist, daß dieses System selbst dieses simple Menschenrecht nicht erfüllen kann und will. Basiert es doch auf Konkurrenz und Spaltung. Nationale Spaltung, Schaffung verschie-

dener Schichten, die gegeneinander ausgespielt werden können, davon lebt und dadurch überlebt das Kapital. Forderungen dürfen aber nicht danach ausgerichtet werden, ob sie vom Kapital erfüllt werden können. Wir fordern mehr! Wir fordern das Einfache, was dieses System bereits nicht mehr geben kann: gleiche Rechte, Menschenwürde! Auch deshalb ist der Münchner Aufruf positiv. Er macht Mut und weist über das herrschende System hinaus zu einer Gesellschaft, in der Menschenwürde und gleiche Rechte keine leere Phrase sind. So jedenfalls ist unsere Perspektive im Zusammenhang mit diesem Aufruf und so müssen wir ihn vertreten. Positiv ist auch, daß hier nicht nur „Gewerkschaftsarbeit“ im alten Stil gemacht wird, sondern daß richtig die politische Dimension jeder

gewerkschaftlichen Arbeit erfaßt wird. Gewerkschaftsarbeit muß immer auch Arbeit für politische Rechte, gegen die Schranken des herrschenden Systems sein.

Die KPD hat sich entschlos-

2. Selbst unterzeichnen und weitere Unterschriften sammeln.
3. Den Aufruf im Betriebs- oder Personalrat, im Vertrauensleutekörper, in der Gewerkschaftsgruppe, bei der Vertreterversammlung usw. zur Dis-

Aufruf Çağrı Poziv Kálεσμα. Appello Proclamation



Bild: BMW, 22. Mai 1998: Protestaktion gegen die gesetzliche Kürzung der Lohnfortzahlung durch die Regierung.

Photo: Claire Retzki

Gleiche Rechte für alle, die hier leben!

Burada yaşayan herkese Eşit Haklar + Jednaka prava za sve koji ovdje žive!

Betriebe setzen Kranke unter Druck

Der Krankenstand ist in diesem Jahr in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken. Die Fehlzeiten gingen im Vergleich zum Vorjahr um 11,6 % zurück. (FR 16.12.)

Als möglichen Grund nannte die Bundesanstalt für Arbeit „die Angst vieler Beschäftigter vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes“, das neue Lohnfortzahlungsgesetz sowie „das Bestreben vieler Betriebe, sich mit

kranken Mitarbeitern in Verbindung zu setzen“. In der Tat, der Druck des Kapitals führt dazu, daß immer mehr Kranke zur Arbeit gehen. Und dabei werden eben auch kriminelle Mittel angewandt. Das vom Sprecher der Bundesanstalt vornehm beschriebene „Bestreben der Betriebe“ besteht ja ganz einfach darin, daß Kranke angerufen oder aufgesucht und schlichtweg erpreßt werden.

sen, den Aufruf zu unterzeichnen und einen entsprechenden Brief an die Initiatoren gesandt. Wir fordern alle Leserinnen und Leser des ROTEN MORGEN auf, diesen Aufruf ebenfalls aktiv zu unterstützen und zu verbreiten. Was kann man tun?

1. Den Aufruf bei Wolfgang Lux, DPG-Bezirkssekretär, DGB-Haus, Zi. 084, Schwanthalerstr.64, 80336 München, Tel. 089/5442-0060, Fax 089/5442-1162 bestellen. 100 Stück kosten 10 DM.

kussion stellen und eine Abstimmung darüber beantragen.

4. Den Aufruf in andere demokratische, fortschrittliche Organisationen hineinbringen.
5. Den Aufruf unter Kollegen bekanntmachen, wenn möglich aushängen, und darüber reden.

Helfen wir so mit, in den Gewerkschaften eine Atmosphäre für den Kampf um demokratische Rechte, für Solidarität, gegen Rassismus und Faschismus zu schaffen.



Imperialismus

Konkret

Abschlußbericht der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission

Jeder für sich, das Kapital für uns alle!

Die Ideologen des Kapitals haben ihre Zukunftspläne offen auf den Tisch gelegt. In der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission vereinigen Biedenkopf und Stoiber ihre gesammelte hilflose Weisheit (Leitsätze und Schlußfolgerungen in Frankfurter Rundschau vom 2.12.1997). Dazu nutzen sie unter anderem den Sachverstand der Professoren Meinhard Miegel und Ulrich Beck.

„Bisher dominieren noch die institutionellen Vorgaben einer arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft. In dieser Gesellschaft erwartet die große Mehrheit der Erwerbsbevölkerung, daß Dritte - Arbeitgeber - ihre Arbeitskraft organisieren und vermarkten und ihr so ein Erwerbseinkommen verschaffen und der Staat sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und im Alter lebensstandardsichernd versorgt. Aufgrund des anhaltenden wirtschaftlichen Wandels können Arbeitgeber und Staat diesen Erwartungen jedoch abnehmend entsprechen. Deshalb müssen möglichst viele Erwerbspersonen mehr Eigenverantwortung für ihre Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge übernehmen, wenn nicht wachsende Teile der Erwerbsbevölkerung zu Verlierern werden sollen.“ Das ist eine Bankrotterklärung. Das Kapital kann die Arbeitskraft der großen Mehrheit immer weniger gebrauchen und es kann immer weniger Löhne zahlen, die zum

Leben reichen. Der Staat des Kapitals kann den Lebensstandard der großen Mehrheit ebenfalls immer weniger sichern. Also seht zu, wie ihr unter diesen Bedingungen selbst klar kommt, sagen die Ideologen des Kapitals. Wir haben damit nichts zu tun. Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge sollen zur Privatsache werden. Wenn sie nicht gelingt, ist es dann ebenfalls Privatsache und hat mit dem kapitalistischen System nichts zu tun. Wer nicht selbst vorsorgt, ist dann eben ein „Verlierer“.

Das Kapital monopolisiert alles - das Volk soll sich selbst durchschlagen

Welch ein schreiender Widerspruch. Das Kapital eignet sich den gesamten gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum privat an und monopolisiert die Produktionsmittel und Finanzmittel. Der Staat verabschiedet sich immer mehr von der wenigstens teilweisen Befriedigung gesellschaftlicher Interessen, obwohl er sich Milliarden an Steuergeldern der arbeitenden Menschen gewissermaßen „privat“ aneignet. Das Volk - von der Verfügung über die Produktionsmittel und den erarbeiteten Reichtum ausgeschlossen - soll selber sehen, wie es ohne Kapital und Staat weiterkommt. Wenn die Arbeiter-

klasse Eigenverantwortung wahrnehmen soll, dann muß sie danach streben, das Kapital zu enteignen und seinen Staat niederzureißen, der nicht einmal fähig ist, auch nur ansatzweise die Wunden zu heilen, die das Kapital schlägt. Es stellt sich die Machtfrage. Die Arbeiterklasse muß sich dazu Schritt für Schritt organisieren, gemeinsam mit ihren Bündnispartnern. Das muß im Mittelpunkt stehen, nicht die Frage, wie sich jeder individuell am besten durchschlägt. Auch die genossenschaftliche Variante: Rückzug in angeblich staats- und kapitalfreie Zonen, wie sie einige Kreise des Kleinbürgertums propagieren, liegt dagegen auf dieser Linie. Mit Hilfe des Individualismus will das Kapital vermeiden, daß sich die Arbeiterklasse gegen den größten Angriff der Nachkriegszeit auf ihre Positionen zusammenschließt. Mit der Propagierung der privaten Vorsorge und privaten Verantwortung will es auch die Gewerkschaftsbewegung zersetzen. Die sozialdemokratischen Spitzen der DGB-Gewerkschaften haben sich schon zu Trägern dieser Ideologie gemacht und arbeiten damit an der Umwandlung der Gewerkschaften aus einer kollektiven Organisation in eine private Versicherung.

Welche Zukunft hat uns das Kapital zu bieten?

Sinkender materieller Lebensstandard ... durch sinkende Löhne

Die Zukunftskommission kündigt an, daß die individuellen Einkommen sinken müssen (für die Masse der Bevölkerung) und die leitenden Damen und Herren erhebliche Leistungszulagen brauchen. Das nennen sie Spreizung. Sie erschrecken jedoch so sehr vor ihrer eigenen Einsicht, daß sie versprechen, das werde nur eine „begrenzte Zeit“ notwendig sein. Auch eine „Verbesserung der Beschäftigungslage“ wäre dadurch „möglich“. Ob die Kommission „zuversichtlich“ ist, interessiert niemanden. Tatsache ist, daß der Lebensstandard der Arbeiterklasse in Zukunft absolut sinken wird. Das ist in den USA schon der Fall. Das wird **dauerhaft** der Fall sein, weil die wachsende Arbeitslosigkeit zu sinkenden Löhnen führen **muß**. Das schließt nicht aus, daß es mehr Arbeitsplätze gibt. Nur eben Arbeitsplätze, auf denen man bei sinkendem Einkommen mehr arbeiten muß. Ein schwacher Trost, daß man bei sinkendem Einkommen wenigstens arbeiten darf?

.... durch radikalen Abbau der Sozialversicherung

CDU und CSU wollen eine „Gesellschaft, in der der Einzelne ein höheres Maß an Eigenverantwortung auch für seine ... Daseinsvorsorge übernimmt“. Die Kommission warnt, daß die Bevölkerung „ohne Verzicht auf individuellen Konsum bei gleichzeitigem Aufbau substantieller eigener Vermögen leicht zum Verlierer der sich ändernden Produktionsverhältnisse werden kann“. Das kennt man auch von Schröder und Fischer. Von sinkenden Löhnen soll die Arbeiterklasse also substantielle (d.h. erhebliche) Vermögen aufbauen, um ihre Altersversorgung selbst zu bezahlen. Als Grundsicherung sieht die Kommission nur noch eine Altersversicherung vor, die eine Rente maximal in Höhe der Sozialhilfe zahlt (die Sozialhilfe ist natürlich ebenfalls zu hoch). Wer mehr will, muß eben Konsumverzicht leisten und bei Banken und privaten Versicherungen Lohnbestandteile anlegen, die diese wiederum in Kapital verwandeln.

Biedenkopf und Stoiber halten die **Krankenversicherung** für völlig überflüssig. „Die Grundversorgung kann und muß dem einzelnen und seiner Familie ... obliegen. ... In Deutschland ist die überwältigende Mehrheit zu einer derart eigenständigen Grundversorgung in der Lage“. Gesetzliche Leistungen soll es nur bei „größeren Schadensfällen“ geben. Von sinkenden Löhnen müssen also auch die Kosten bei Krankheit selbst getragen werden.

... durch „spürbare Verminderung öffentlicher Lasten“

„Staatliche Leistungen können und müssen stärker privatisiert ... und zum Teil auch eingeschränkt und eingestellt werden“. Was heute noch kostenlos ist oder wenig kostet, soll in Zukunft möglichst voll bezahlt werden. So fließen die Milliarden an Lohnsteuern in immer geringem Maße an die zurück, die sie zahlen und können vom Kapital für seine eigenen Profit-Zwecke verwendet werden. Das „besserverdienende“ Bürgertum hat - je

besser es verdient - um so weniger Probleme, ohne staatliche Stützen auszukommen.

... durch „unternehmerische Kultur“ in Schule, Hochschule und Ausbildung

Die Kommission sieht den Menschen als „*Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge*“ an. Die Ausbildung seiner Qualifikation ist eine unternehmerische Investition in die Arbeitskraft, die man möglichst selbst vorschießen muß, um dann durch den Verkauf der Arbeitskraft die Investitionskosten wieder hereinzubekommen. Das Kapital will die Arbeitskräfte privat nutzen, lehnt aber im Prinzip eine gesellschaftliche Finanzierung der Qualifizierung ab. Um die Bereitschaft dazu zu fördern, fördert das Kapital Individualismus gegenüber kollektiver Daseinsvorsorge als ideologische Grundeinstellung.

... durch Verminderung des individuellen Angebots an Erwerbsarbeit

Als Hauptursache der Arbeitslosigkeit sehen die Autoren die zu starke Erwerbsneigung an. Zu

viele wollen arbeiten, insbesondere Frauen. Dem wollen die Herrschaften durch Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeit ohne Lohnausgleich entgegenwirken. Auch hier also sinkender Lebensstandard, um das Problem der Arbeitslosigkeit „in den Griff“ zu bekommen.

Jeder soll seinen persönlichen Beitrag leisten, mit der allgemeinen Arbeitslosigkeit und den „leeren Kassen“ des Staates fertig zu werden. Die Menschen sollen sich einem System anpassen, das außer schrankenloser Vermehrung des Kapitals keine Ziele hat und innerhalb dieses Systems, das sie ins Elend stürzt, voller Optimismus und Eigeninitiative ihren Weg gehen. Ihren Weg, der ihnen durch das Kapital immer mehr verbaut wird. Die Zyniker der Zukunftskommission verkennen, daß der Appell an Eigeninitiative immer hohler wird, wenn diese durch Kapital und Staat in wachsendem Maße erstickt wird. Dennoch ist die Ideologie des Individualismus und die ihr zugrunde liegende organisierte Vereinzelung gefährlich. Je weiter sie vorandringt, desto schwieriger wird, die Arbeiterklasse zusammenzuschließen. Die KPD muß deshalb überall nach Formen suchen, wie kollektives Handeln und kollektiver Geist gefördert werden können.

Jetzt anfordern:

Die Zeitung der KPD, "Roter Morgen".

- Ich möchte den "Roten Morgen" 6 Wochen (3 Ausgaben) unverbindlich und kostenlos zugesandt bekommen.
- Ich möchte ein Abo für ein Jahr (24 Ausgaben) zum Preis von 36 DM. (Kündigung 4 Wochen vor Ablauf, sonst Verlängerung um ein weiteres Jahr.)
- Ich möchte eine Ausgabe der theoretischen Reihen der KPD kostenlos zur Probe.
- Ich möchte ein Abonnement zur Fortsetzung der theoretischen Reihen der KPD zum Preis von 50 DM.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ, Wohnort.....

Ich bin damit einverstanden, daß die Bundespost im Falle einer Anschriftenänderung dies an den Verlag mitteilt.

Bitte einschicken an:

LIT-Vertrieb, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.



Neuerscheinung!

„Gegen EURO und EU - Alle gemeinsam gegen das Kapital“ von Franz Rugenberg

in der Reihe „Imperialismus konkret, Band 2

Der Band enthält RM-Artikel zum Thema EURO und EU sowie zum Kampf der Arbeiterklasse dagegen und gegen die Folgen von EURO und EU. Zur besseren Arbeit mit dem umfangreichen Material ist ein

ausführliches Register angefügt.

189 Seiten, ISBN 3-928666-26-6, 15 DM

Bestellungen an:

Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Studierende in Bewegung

Am 18.12. demonstrierten wieder 35.000 Studierende in Bonn. Unter ihrem Druck wurde die für 1997 von Bund und Ländern vorgesehene Bafög-Kürzung von 100 Mio. DM rückgängig gemacht. Statt dessen gibt es 2% mehr Bafög. Das sind für die 80.000 Studierenden, die überhaupt den Höchstansatz an Bafög von z.Zt. 995 DM bekommen, gerade mal 20 DM mehr.

Aus allen Teilen Deutschlands, von München bis Rostock, waren Studierende gekommen, die ihrem Frust über die Bildungsmisere freien Lauf ließen. Einige Redner der Abschlusskundgebung betonten, daß sich die Studierenden mit anderen gesellschaftlichen Gruppen verbinden müßten, weil Bildungsabbau und Sozialabbau zusammengehören. Leider schlug sich das nicht in der Auswahl der RednerInnen nieder. Der Wunsch, internationale Verbindungen zu knüpfen, war ebenfalls vorhanden. Eine Studentin aus Großbritannien berichtete, daß in GB schon hohe Studiengebühren verlangt würden, damit nur noch die Kinder reicher Eltern studieren können.

Die Organisationskraft der Studierenden ist gewachsen. Vom 8. Januar bis zum 11. Januar wird in Berlin unter dem Titel Bildung und Gesellschaft ein bundesweiter studentischer Basiskonferenz stattfinden (Kontakt über den ASTA der TU, Marchstr. 6, 10587, Fax: 030/312 13 98). Sein Ziel ist ein gemeinsamer Forderungs- und Maßnahmenkatalog.

Die Demonstration zeigte aber auch die politischen Schwächen. Die jetzige Studentenbewegung steht stark unter sozialdemokratischem Einfluß. Nicht wenige Studierende glauben, daß es dem Standort



Bonn, 18.12.: Der dicke Kohl walzt alles nieder.

Deutschland schadet, wenn der Rohstoff Bildung (der wichtigste im ansonsten rohstoffarmen Deutschland) nicht genug gefördert wird. Das ist letztlich ein Standpunkt, der an die Verwertungsinteressen des Kapitals appelliert, Bildung als Standortfaktor ernster zu nehmen. Es ist der Standpunkt der SPD und auch des Bundesvorstands der GEW. Die Hoffnungen auf Politiker schwinden zwar, daß aber die Pläne von Bundes- und Landesregierungen die Interessen des Kapitals umsetzen, spielte auf der Kundgebung kaum eine Rolle. Über die Ursachen der Bildungsmisere verlor kaum ein/e Redner/in ein Wort.

Richtig ist auf jeden Fall die Forderung, daß die Allgemeinen Studentenausschüsse (ASTA) ein politisches Mandat bekommen. Heute ist es möglich, alle Meinungsäußerungen, die über Hochschulpolitik hinausgehen, mit Geldstrafen zu belegen. So geschieht es in Marburg und anderswo. Selbst wenn aufgezeigt wird, daß der Staat für die Profite der Konzerne Geld hat, aber nicht genug für die Bildung, ist das mit dem rein hochschulpolitischen Mandat nicht abgedeckt.

Einige Studentenvertreter for-

derten aber die Demokratisierung der Hochschule in Form der paritätischen Mitbestimmung. Sie sprachen von einer demokratischen Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft. Die paritätische Mitbestimmung in der Industrie gibt es schon lange. Sie hat sich als Mittel der Sozialpartnerschaft bewährt, ohne daß die Betriebe dadurch demokratische Betriebe in einer demokratischen Gesellschaft wurden.

All das zeigt, daß der Einfluß der SPD in der Studentenschaft noch sehr stark ist. Nicht umsonst war das Hauptanliegen vieler Redner, daß Kohl verschwindet. Manche erklärten, daß Alternativen da wären und nur umgesetzt werden müßten. Wir Kommunisten sind auf jeden Fall dafür, daß Kohl in der Versenkung verschwindet. Das ganze wird aber unglaublich, wenn sein potentieller Nachfolger Schröder bzw. die SPD völlig aus der Schußlinie genommen werden, wie es bei der Kundgebung der Fall war. Die Hochschulen werden fast vollkommen von den Ländern finanziert. Es sind auch die SPD-Landesregierungen, die, mit grüner Beihilfe, die Mittel zusammengestrichen haben und im

nächsten Jahr zusammenstreichen. Auch die SPD ist nicht grundsätzlich gegen Studiengebühren. Nur die Wahltaktik und der Druck der Studierenden behindert sie. Auch die SPD betreibt die kapitalistische Bildungsreform mit.

Die SPD versucht auch massiv, vor allem mit Hilfe von linksruck die Studierenden für das richtige Kreuzchen bei der nächsten Wahl zu gewinnen. Aber auch die PDS hilft ihr, die ihr Flugblatt

unter die Losung stellte: Kohl muß weg! Du mußt her! Es ist klar, daß eine Studentenbewegung, die voller Illusionen in den Kapitalismus bzw. die politischen Parteien des Kapitals steckt, sich (noch) nicht nennenswert gegen das Kapital und auch nicht gegen das System als Ganzes wenden kann. Dennoch gibt es einen Gärungsprozeß in diese Richtung. Transparente waren zu sehen wie etwa „Unser Problem hängt im System“. Ausdruck fand diese Strömung auch bei denen, die versuchten, in die Bannmeile einzudringen. Sie hatten die Parole „Bildung für alle, sonst gibt's Krawalle“. Der sozialdemokratische Einfluß läßt sich jedoch nicht hauptsächlich mit Regelverletzungen zurückdrängen. Wichtiger ist, innerhalb der Studentenschaft die Positionen des Kapitals und seiner wichtigsten Parteien CDU und SPD anzugreifen und entsprechende Forderungen zu entwickeln sowie in der Praxis an einem Bündnis zwischen Studentenbewegung und Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen das Kapital zu arbeiten.

Die Partei war auf der Kundgebung mit einem großen Transparent zu sehen und verteilte das nebenstehende Flugblatt.

Der Kapitalismus braucht uns nicht!

Brauchen wir den Kapitalismus?

Die falsche Solidarität der Regierungsparteien mit den streikenden Studierenden und Schülern ist zum Kotzen. Ausgerechnet diejenigen, die dem Bildungswesen seit Jahren die Mittel kürzen, sind mit dem Protest gegen diese Kürzungen solidarisch. Sie äußern ihr Verständnis, sind aber natürlich nicht bereit, die bisherigen Kürzungen in nennenswertem Umfang zurückzunehmen oder sie für die Zukunft zu stoppen.

Verschert Euch die heuchlerische Solidarität der Politiker!

*** Gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau, Entlassungen und Lohnabbau!**

Erklärt Euch solidarisch mit all denen, die gegen Entlassungen, Stilllegungen und Lohnkürzungen kämpfen und gegen Kürzungen von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Renten usw. Verbindet Euren Kampf gegen Bildungsabbau mit dem Kampf gegen Sozialabbau und Lohnabbau. Die Machthabenden in Politik und Wirtschaft greifen uns alle an. Und sie wollen nicht, daß der Funke der Studentenstreiks sich mit den Kämpfen der Arbeiter, der Bauern, den Protesten der Arbeitslosen und Armen, dem Kampf der Frauen um Gleichstellung, der ausländischen KollegInnen für gleiche Rechte usw. verbindet.

Die MittwochsDemonstrationen (70.000 TeilnehmerInnen am 10.12.) haben genau dieses Ziel. Sich gegenseitig unterstützen, sich gegenseitig einladen, sich zusammensetzen, muß die Devise sein.

Wenn Rechtsaußen Mayer-Vorfelder (CDU-Minister BaWü) die Studentenstreiks für eine „nicht zu überbietende Beleidigung“ all derer erklärt, die mit ihren Steuern die Studienplätze finanzieren z.B. der Automobilarbeiter, dann will er genau das verhindern. Am meisten fürch-

ten sie sich vor der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Kämpfern der ArbeitnehmerInnen und den Studierenden.

Die Sympathie und Solidarität von Kolleginnen und Kollegen aus Betrieben zu haben, ist wichtig. Auf die Solidarität der politischen Heuchler pfeifen wir.

*** Die Reichen sollen die Krise bezahlen. Sie haben sie verursacht!**

Sozialabbau und Bildungsklausur, Lohnraub und Entlassungen dienen gemeinsam dem Zweck, die Profite des Kapitals zu vermehren.

Das Kapital trocknet die Staatsfinanzen aus, indem es immer weniger Steuern zahlt.

Deswegen - und nicht, weil objektiv kein Geld da ist - wird bei allen, die von staatlichen Zahlungen abhängen, gestrichen. Steuersenkungen für die Reichen werden auf Wunsch der Banken und Konzerne mit Kürzungen in allen Bereichen bezahlt, die dem Volk zugute kommen.

Ihr verschert es Euch die „Solidarität“ der Kürzungsminister und Sparpolitiker des Kapitals, wenn Ihr verlangt, daß bei den Reichen gestrichen werden muß, wenn ihr fordert, daß die Krise der Staatsfinanzen auf Kosten der Banken und Konzerne angegangen werden muß, die sie verursacht haben, nicht auf Kosten der Bildung.

*** Bildung nicht als Standortfaktor im Profitwettbewerb, sondern als Mittel zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und individueller Selbstentfaltung!**

Die Herrschenden wollen das Bildungswesen möglichst vollständig dem Ziel der privaten Kapitalverwertung unterordnen. Sie wollen nur die Ausbildung, die Kenntnisse usw. bezahlen, die diesem beschränkten Zweck nutzen.

Diese Effizienz wollen wir

nicht. Sie richtet sich gegen uns. Solange Studierende nur effizienter studieren wollen, können Euch die Herrschenden als Unruheherd benutzen, um ihre eigenen, gegen Euch gerichteten Pläne zu beschleunigen.

Solange Studierende nur den Profitstandort Deutschland stärken wollen, um selbst Karriere zu machen, solange bekommen sie Applaus.

Doch die Hochschulreform ist mit den Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie vergleichbar. Sie soll das Ergebnis haben, daß Hunderttausende von Studierenden „entlassen“ werden. Das Kapital steigert seinen Reichtum, in dem es Arbeitslosigkeit produziert, nicht indem es alle arbeiten läßt. Arbeit für alle und damit auch Bildung für alle wird es nur ohne das Kapital, ohne die „Marktwirtschaft“ geben.

Studierende, Schüler und Auszubildende, Studierende, Schüler und Betriebsbelegschaften, Studierende und Arbeitslose haben einen gemeinsamen Gegner: das Kapital.

Wir müssen uns fragen, ob wir uns das Kapital noch leisten können. Ein System, das uns nicht braucht, brauchen wir auch nicht.

*** Bildung für alle statt Bildung nur für zahlungskräftige Kunden!**

Die Wirtschaftsverbände betrachten die Studierenden als Kunden, die ihr eigenes Geld möglichst rationell zum Kauf der Ware Bildung verwenden und

nur das Wissen kaufen, das sie brauchen, um sich selbst wiederum als Ware Arbeitskraft zu verkaufen. Bafög steht ihnen im Wege. Jeder soll der „Unternehmer seiner Arbeitskraft“ sein, so die sächsisch-bayerische Zukunftskommission und mit eigenem oder geliehenem Kapital in seine Arbeitskraft investieren. Nur noch die können sich dann Bildung leisten, die sie bezahlen können. Deswegen wurde und wird das Bafög immer mehr zum Kredit.

*** Haupterfolg der Streiks: die gewachsene politische und organisatorische Stärke!**

Der Erfolg der Streiks und Aktionen seit November mißt sich nicht in erster Linie am Geld, das wir zusätzlich bekommen.

Entscheidend ist, daß die Studentenschaft nach den Streiks politisch und organisatorisch stärker dastehen wird als vorher. Das gestiegene Selbstbewußtsein stärkt auch ihre Stellung gegenüber den Professoren.

Entscheidend sind die stärker gewordenen Verbindungen mit Schülern, mit ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen.

Entscheidend ist die größere Klarheit über die Gegner und die Verbündeten.

Die Streiks und Demonstrationen der letzten Zeit sind Hochschulen der Bildung. Sie sind die Vorbereitung für weitere machtvolle Kampfmaßnahmen. Denn die kapitalistische Bildungsreform steht erst am Anfang.

Gegen Bildungs- und Sozialabbau!

Bildung, Arbeit und

Auskommen für alle!

Alle gemeinsam gegen das Kapital !



Studentendemonstration in Stuttgart am 9.12.97: 5.000 waren erwartet worden, 15.000 kamen. Die KPD verteilte ein Flugblatt. Deutlich zeigte sich noch die Beschränkung auf die Hochschule.

Fortsetzung von S.1 „Ist die physische...“

jahrelang unter dem Etikett eines „oppositionellen Kommunisten“ auftrat. Für diese Herrn „Genossen“ läßt die Bourgeoisie sich nicht lumpen. Letzten Monat erhielt Biermann wieder mal einen Preis. Diesmal den Nationalpreis der Deutschen Nationalstiftung (plus 100.000 Mark). Mit Biermann wurde ein Mensch ausgezeichnet, „der auf seine Weise zum Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands beigetragen hat“, hieß es von hochrangiger Seite. Und für Januar 1998 wurde der Herr „Genosse“ als Gast zur Klausurtagung der Bonner CSU-Landesgruppe im oberbayerischen Wildbad Kreuth eingeladen.

Und nach Havemann wird gleich eine Straße benannt, wo doch so viele Straßennamen von Antifaschisten und „bösen“ Kommunisten umbenannt wurden. Über diese Form der Opposition wurde und wird ausführlichst berichtet.

Aber über den Widerstand von Marxisten-Leninisten in der DDR wurde geschwiegen.

Mit diesem grauen Heft legt ein kompetenter bürgerlicher Forscher eine interessante Ausarbeitung vor. Zumal eine umfassende Aufarbeitung der Geschichte der Sektion noch immer aussteht.

Das Archivmaterial der Partei, Informationen von beteiligten Personen muß noch mit den individuellen Akten des MfS ausgewertet werden.

Erst wenige Aktivisten konnten bisher Einblick in „ihre“ Stasiakten nehmen.

Durch diese Schrift, eine Dissertation, können weitere Details der illegalen Arbeit der Partei erforscht werden, die durch das Studium von individuellen Stasiakten nicht bewältigt werden können. Der personenbezogene Einblick in „seine“ Akte versperrt den Gesamtüberblick über die illegale Arbeit und über die Gegenaktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die Strategie und Taktik des MfS wurde z.B. in den Berichten der

Abteilung XXH/1 zum „Operativen Vorgang - OV- 'Sektion'“ ausgearbeitet. Diese zentralen Zesetzungs- und Liquidierungskonzepte liegen nicht in den personenbezogenen Stasiakten. Die umfangreichen Quellenzitate lassen die Schrift von Tobias Wunschik zu einer „Fundgrube“ werden.

Die politischen Einschätzungen Wunschiks sind Ausdruck seiner bürgerlichen Grundeinstellung und sollten vorerst einmal ausgeklammert werden.

Ergänzt werden die Ausführungen von Tobias Wunschik durch Informationen, Dokumente und Stasiunterlagen der Sektionszellen „Magdeburg“ und „Weißwasser“.

Die Entstehung der Sektion DDR

Um den Jahreswechsel 1975/76 wurde die Gründung einer eigenen Sektion der KPD/ML in der DDR verkündet. Die dazugehörige Erklärung wurde am 7. Februar 1976 im ROTEN MORGEN abgedruckt.

Während die KPD/ML schon im Jahre 1968 in der Bundesrepublik entstanden war, ist die Keimzelle der Sektion DDR innerhalb der DDR selbst zu suchen.

Dort hatten sich zu Beginn der siebziger Jahre in der elften und zwölften Klasse einer Erweiterten Oberschule (EOS) in Berlin einige Schüler zusammengefunden, die unabhängig von der offiziellen SED-Lesart die Klassiker des Marxismus-Leninismus studieren wollten - womit sie damals nicht allein standen in der DDR. Aus ihrem Bekannten- und Familienkreis stießen weitere Interessierte hinzu, so daß sich mit der Zeit ein kleiner Zirkel von Berufstätigen (z.B. in der Heimerziehung oder im technischen Bereich) und Studenten (etwa der Fächer Medizin und Philologie) bildeten. Bei der Lektüre der grundlegenden Werke der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie kamen sie immer mehr zu der Überzeugung, daß im Realsozialismus eine weite Kluft zwischen Theo-

rie und Praxis herrschte. (Vgl. Sachstandsbericht der AG XXII der BV Berlin zum gegenwärtigen Stand der Bearbeitung der „KPD“-Sektion DDR vom 18.1.1982; BSStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 206-214.)

In Magdeburg fanden sich 1969/70 Schüler, Studenten und Lehrlinge zusammen, die u.a. inspiriert durch die Black Panther die Progressive Jugend (vormals Kommune 13) gründeten. In dieser Jugendgruppe, die DDR-weit agierte und etwa 100 Jugendliche umfasste, wurden neben den Klassikern des Marxismus-Leninismus verschiedene verbotene Schriften gelesen und diskutiert. (Mao, Stalin, Schriften der Black Panther usw.)

Nach der Zersetzung und Zerschlagung der Progressiven Ju-

agierte von Weißwasser aus der Genosse Heinz Reiche („Opa“), der 11 Jahre in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Nazis verbrachte. Bereits in den 50iger Jahren geriet er in Konflikt mit der SED.

Die KPD/ML bemühte sich in der Folgezeit erfolgreich, innerhalb der DDR weitere Anhänger zu gewinnen und diese in Parteizellen zu organisieren. Pate stand das Zellen-System der illegalen KPD während der Nazi-Diktatur.

Von diesen Zellen entstanden bis zum Jahre 1980 nicht ganz ein Dutzend. Nach Angaben von T. Wunschik belief sich die Gesamtzahl der DDR Mitglieder und Unterstützer auf drei Dutzend Personen. Hinzu kamen noch etwa 50 bis 60 Sympathisanten, die direkten persönlichen

lesen — weitergeben — lesen — weitergeben

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Ausgabe der Sektion DDR Nr. 5, Dezember 1979

**Durch breiten Widerstand
Teuerungswelle
abgewehrt**

Die Werktätigen der DDR haben einen großen Erfolg errungen. Anfang November mußten die obersten Bonzen die drastischen Preiserhöhungen der vorhergehenden Wochen zurücknehmen und die Pläne für noch unverschämteren Preiswucher in der kommenden Zeit fallenzulassen. Jetzt klopfen sich die Herren wieder an die Brust und reden viel vom „Wohl des Volkes“. Doch sie haben ihren Rückzieher nicht aus freien Stücken gemacht. Die Unzufriedenheit und der Widerstand der Werktätigen haben ihn erzwungen.



**Josef W. Stalin
100 Jahre alt**

Am 21. Dezember feiern die Kommunisten der Welt den 100. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin. Die Person und das Werk des herausragenden Marxisten-Leninisten und großen Führers der internationalen Arbeiterklasse stellen nach wie vor eine Prozektion, eine direkte Bedrohung für alle an der Macht befindlichen Cliquen von Revisionisten dar. Denn jedes Wort, jede Handlung des Genossen Stalin trifft als Lügen. Aus Anlaß des Ehrenfestes der Stalin liegt dieser Ausgabe des Roten Morgen ein Extraitblatt bei.

Unruhe in Polen

Bei drei Bergwerksschließungen allein im Monat Oktober kamen 63 Bergarbeiter ums Leben. Die rücksichtslos forcierte Förderung der Kohle geht auf Kosten der Sicherheit. Ein Haier aus Czechowice: „Wir

waren. Ohne Zweifel wurde diese Verknappung breit von oben organisiert, hielten die Chéfs in Betrieben und im Handel die Waren zurück, weil sie auf neue Preise warteten. Was es in dieser Situation an Hamsterkäufen gab, hat die Verknappung nicht verursacht, sondern lediglich verschärft.

...dann Prolawine
Wir haben es alle selbst erlebt. Was sich ab September bei den Preisen abspielte, war noch nie da. Alle langjährigen Konsumgüter wurden in kurzer Zeit veräußert, oder die Anhebung ihrer Preise war geplant. Die Preisaufschläge waren unverschämte hoch. 30 bis 100 Prozent waren die Regel, in manchen Fällen sollten wir bis zu 200 Prozent draufzahlen.

Die Weichen für diesen Großangriff auf unsere Portemonnaies wurden auf einer Politbroschüre im September gestellt. Auf dieser Versammlung der obersten Bonzen wurden auch Vorschläge zur Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel laut. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Grünes Licht gab es für den Preiswucher bei langlebigen Konsumgütern.

Auf einer Zusammenkunft mit DFD-Funktionären Ende September erläuterte Honecker, welcher Weg für günstig befunden wurde, um uns das Fell über die Ohren zu ziehen. Eine offene und allgemeine Freierhebung erschien den Bonzen als zu riskant.

Unter großen Gefahren und Opfern kämpften mutige Genossinnen und Genossen gegen die revisionistische Entartung, für die Wiederherstellung der Macht der Arbeiterklasse, für Sozialismus.

gend gründete 1976 der „harte Kern“ der Progressiven Jugend eine Zelle der KPD/ML.

Auch in Rostock bildete sich ein eigenständiger Kreis von Studenten mit ähnlicher politischer Ausrichtung. Weil sie an weiteren ideologischen Inspirationen interessiert waren, nahmen viele dieser Gruppen und Zirkel von sich aus Kontakt zu mehreren linken Organisationen Westberlins und zur albanischen Botschaft in Ostberlin auf.

Neben der Jugend, die in der Sektion die Mehrheit ausmachte, stießen auch ältere, kampferfahrene Genossen hinzu. So

Kontakt zu dem erstgenannten Kreis hatten. (Die Zahlenangaben beruhen auf Stasiermittlungen)

Eine Reihe alter kampferfahrener Kommunisten arbeitete auch wieder aktiv in der KPD mit, wie das Beispiel einer Berliner Zelle zeigt. Da wären: (Aus PA-Archiv)

„1) Fritz (72 J.) - Seit 42 illegal - KZ-Sachsenhausen - proletarische Herkunft - Stahlschmelzer

2) Max I (73J.) - 1928 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt anschließend im KZ Sachsenhausen mit Ernst Busch - prole. Her-

kunft - Bergmann an der Ruhr
 3) Max II (70J.) - proletarische Herkunft - in der Weimarer Republik kurz gegessen - Arbeitet heute noch in der Betriebsgruppe des Betriebes mit

4) Römer (28J.) Ingenieur
 5) Joachim (51J.) - Redakteur nach dem Kriege von der Partei als Redakteur ausgebildet - proletarischer Herkunft - bei verschiedenen Zeitungen gearbeitet - Neues Deutschland - Berliner Zeitung- 4 1/2 Jahre Gefängnis - später als Pförtner gearbeitet

Die Gruppe besitzt z.Zt. 14 Sympathisanten, die auf die einzelnen Gen. aufgeteilt sind.“

Aus der Arbeit der Sektion

Als „Verbindungsleute“ zwischen den Sektionen BRD und West-Berlin mit der Sektion DDR wurden etwa 20 Instrukteure und rund 30 Kurier eingesetzt. Als Mitgliedsbeitrag waren immerhin acht Prozent des Bruttolohnes vorgesehen.

Schwerpunkte der Tätigkeit innerhalb der DDR war die Rekrutierung von Anhängern und Sympathisanten. Durch Aktionen, die immer spektakulär in der DDR waren, wurde das Interesse der Öffentlichkeit geweckt. Ab 1976 wurden zahlreiche Flugblätter verbreitet, öffentliche Gebäude mit Parolen bemalt und Klebezettel geklebt. Eine eigene separate „Ausgabe DDR“ des ROTEN MORGEN wurde massiv verbreitet. Ob durch Briefkasteneinwurf, auf öffentlichen Orten (z.B. Telefonzellen, Haltestellen, Bahnhöfen, Kinos, Krankenhäuser usw.) oder direkt im Betrieb wurde die Stimme der Kommunisten in der DDR verbreitet. Die Zeitschrift war somit das erste regelmäßige oppositionelle Blatt in der DDR. „Ich persönlich“, so eine der Beteiligten in einer Vernehmung, „sah in der Verbreitung der verschiedenen Ausgaben der Zeitung ROTER MORGEN eine Möglichkeit, propagandistisch auf die Werktätigen der DDR einzuwirken, damit die Kräfte für eine bewußte Umgestaltung der

Gesellschaft in der DDR zu sammeln und vorzubereiten.“ (Protokoll der Vernehmung, 5.1.82; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd.5.)

Kleinere Verteileraktionen von selbstgefertigten Handzetteln wurden von den Zellen selbstständig geplant und durchgeführt. Inhaltlich wurde so auf das politische Tagesgeschehen eingegriffen. Gleichzeitig wurde für RADIO TIRANA - den einzigen sozialistischen Sender - geworben.

Dabei entwickelten die DDR-Genossen eine beachtliche Aktivität, stellte T. Wunschik fest. So plazierte die Ostberliner Aktivistinnen 1979 innerhalb von zehn Monaten insgesamt 25 unterschiedliche Flugblätter in 547 verschiedenen Verteilungsaktionen.

Aktivitäten wurden aber auch in den Betrieben durchgeführt. Neben Propaganda-Aktionen, wie Flugblattverteilung, Parolen malen usw. wurde auch Gewerkschaftsarbeit geleistet. Die Arbeit innerhalb des FDGB war eine gute Möglichkeit, auf Mißstände aufmerksam zu machen, Kollegen zu kleinen Aktionen zu mobilisieren. Leitmotiv war dabei der „Kampf ums Teewasser in der Fabrik“, wie es Lenin einst nannte.

Gleichzeitig konnten neue Sympathisanten gewonnen werden. Andererseits bestand die Gefahr des Verrats in dieser engsten mit der SED verschmolzenen Einheitsgewerkschaft.

Äußerst hilfreich in der illegalen Arbeit der Kommunisten war der ROTE MORGEN. Die auf Dünndruckpapier gedruckte Zeitung wurde illegal in der DDR geschmuggelt. (Zumindest in Teilaufgaben wurde der ROTE MORGEN auch in der DDR gedruckt, wie uns Genossen berichteten)

Aus einem der vielen hundert Briefe an die Redaktion des ROTEN MORGEN:

„Dresden, den 9.9.81

Werte Genossen der KPD!

Durch tausende von Händen gelang Eure Zeitung zu uns. Was man darin schwarz auf weiß lesen konnte, ließ unsere Herzen höher schlagen, denn von all die-

sen triftigen Wahrheiten kommt hier wenig ans Tageslicht. (...) dieser Staat hat mit Demokratie nichts zu tun, da das Schmarotzertum und die Cliquenwirtschaft der Bonzen für den allgemeinen Arbeiter unerträglich wird. Wir fühlen uns deshalb mit den Genossen der KPD sehr verbunden und bitten Euch so weiterzumachen wie bisher damit noch viele Menschen des Volkes der DDR (die dafür Interesse zeigen) die Wahrheit über ihre Staatsführung erfahren und beständig bekommen.

Mit frdl. Gruß

Fam. König
 Dresden“

Allein für die Zelle „Cottbus“ wurden bis 1979 mit Hilfe einer Handvoll Kurier 3.000 Exemplare der „Ausgabe DDR“ des ROTEN MORGEN, etliche parteiinterne Materialien, ein Eigenbau-Druckapparat für den Abzug von jeweils 50 Matrizen, ein Eigenbau-Rollapparat, eine Schreibmaschine, eine Kleinbildkamera sowie Druckfarbe und Stempelkissen eingeschleust. Besonders beliebt war die Mitnahme der Materialien im Transitzug D 359 (München-Nürnberg-Berlin). In diesem Fall wurden die gebündelten Flugblätter überbracht, indem sie, wie zuvor genau geplant, an einer bestimmten Stelle aus dem fahrenden Zug heraus abgeworfen wurden. Sollten die Materialien mit dem Pkw eingeführt werden, geschah der Transport zumeist mit Hilfe eines präparierten Feuerlöschers im Fahrzeug des Kuriers.

Die Partei glaubte, daß diese Methode der Materialübergabe „fast 100%ig sicher sei.“ (Vgl. Information der Abteilung II der HV A vom 1.2.1982 über ein persönliches Gespräch mit dem Mitglied des ZK der KPD und verantwortlichen Funktionärs für die Sektion DDR, Horst-Dieter Koch; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 275-278)

Weiterhin wurden illegale kommunistische Materialien aus Polen und der CSSR geschmuggelt. Albanische Literatur, wie z.B. die Werke des Genossen Enver Hoxha wurden von den Ge-

nossen der albanischen Botschaft zur Verfügung gestellt.

Diese wurden zum Studium genutzt, aber auch gezielt versandt. Die Zelle „Magdeburg“, in der ich aktiv war, war auf diesem Gebiet Vorreiter. So vertrieb sie z.B. mindestens 200 Exemplare der „Chruschtschowianer“, 250 Exemplare „Imperialismus und Revolution“, ca. 60 Exemplare „Betrachtungen über China“ Bd. 1 und 2, tausende von Broschüren über den Kampf gegen die modernen Revisionisten usw. Gleichzeitig wurden wichtige fremdsprachige Dokumente in verschiedene revisionistische Staaten geschickt (z.B. Polen, Rumänien, UdSSR, Kuba, Ungarn, Bulgarien).

Internationalismus wurde groß geschrieben: GenossInnen der „Sektion DDR“ vertrieben auch die ROTE FAHNE, das Organ der illegalen Kommunistischen Partei Polens. Diese, ebenfalls auf Dünndruckpapier hergestellte Zeitung, wurde einerseits nach Polen vertrieben bzw. an polnische Bürger die in der DDR arbeiteten gegeben. Auf verschiedenen Magdeburger Baustellen lag immer wieder die ROTE FAHNE. Geldspenden wurden illegal nach Polen gebracht, um die dortigen streikenden Kollegen zu unterstützen.

In den Magazinverkaufsstellen der Sowjetarmee wurden russischsprachige Publikationen ausgelegt.

Infiltration und Zerschlagung der Sektion DDR durch das MfS

Der politischen Geheimpolizei der SED blieben die landesweiten Aktivitäten der Kommunisten nicht verborgen. Erich Mielke persönlich erklärte die Angelegenheit zur Chefsache (Schreiben Mielkes vom 3.3.1976). Er forderte wiederholt, die Aufklärung der „Sektion DDR“ „maximal zu verstärken“. Die Bearbeitung sollte nicht bloß auf die Auflösung der „Sektion DDR“ abzielen, sondern auch auf die Zerschlagung der KPD im Westen. Noch weiter gingen

Überlegungen der für die „Terrorabwehr“ zuständigen Abteilung XXII, „gleichzeitig diese feindlichen Kräfte an ihrer Ausgangsbasis (BRD/Westberlin) durch geeignete Maßnahmen zu zersetzen, gegeneinander auszuspielen und in verschärfte Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Kreisen sowie dem Machtapparat in der BRD und in Westberlin zu verwickeln“. (Vgl den Jahresplan 1976 der Abteilung XXII. vom 30.1.76; VStU, ZA, HA XXII 57778, Bl. 1471-1513, hier 1484)

Zuständig für die Bearbeitung der Kommunistischen Partei durch das MfS waren die „Hauptabteilung XX“ („Politischer Untergrund“), die „Abteilung XXII“ („Terrorabwehr“). Ferner die „Hauptverwaltung Aufklärung/HV A“ (die sich besonders gegen die Partei im Westen richtete) und die für Spionageabwehr zuständige „Hauptabteilung II“. Letztere überwachte die Kontakte der KPD/ML zur albanischen Botschaft. Die strafrechtlichen Ermittlungen übernahm das Untersuchungsorgan des MfS, die „Hauptabteilung IX“, gegen inhaftierte Anhänger der Partei arbeitete die für Haftanstalten zuständige „Hauptabteilung VII“, galt es Kommunisten zu beschatten, war die für Beobachtung verantwortliche „Hauptabteilung VIII“ zur Stelle, und die „Hauptabteilung III“ („Funkaufklärung und -abwehr“).

Durch die von Mielke geforderte offensive Bearbeitung (in Verhören wurde auf Honecker verwiesen, der persönlich ein Interesse an der Zerschlagung der Kommunistischen Partei hatte) sahen sich die zuständigen Stasi-Mitarbeiter vor beachtliche Schwierigkeiten gestellt. Zu schaffen machte ihnen die konspirative Abschirmung der KPD/ML-Aktivitäten. „Die operative Bearbeitung solcher Kräfte wird erschwert durch deren konspirativen Arbeitsstil und das in diesen Gruppen vorhandene Mißtrauen, das zu einer gewissenhaften und einen längeren Zeitraum umfassenden Überprüfung von neuen oder künftigen Mitgliedern führt. Hinzu kommt, daß insbesondere bei Funktionären

relativ hohe Anforderungen an politische Bildung, Opferbereitschaft, Disziplin und Zuverlässigkeit gestellt werden.“ (Aus dem Auskunftsbericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe - ZAIG - vom 26.10.1979)

Als die KPD/ML ab 1979 ihre in den Osten gerichteten Aktivitäten intensivierte, bemühte sich die Stasi verstärkt, die „Stützpunkte“ in der DDR aufzuklären. Ausgangspunkt waren dabei - wie es bei Wunschik heißt - die bereits vorliegenden Erkenntnisse der „Hauptabteilung XX“ über zwei Zirkel in Ostberlin und Rostock sowie der „Hauptabteilung II“ über DDR-Besucher in der albanischen Botschaft. Beide Dienstseinheiten verfügten bereits 1979 über inoffizielle Mitarbeiter (IM), die in der Sektion DDR oder in ihrem unmittelbaren Umfeld tätig waren. Mit deren Hilfe erkundete das MfS nach und nach die Kontakte von KPD/ML-Mitglieder untereinander. Personelle Querverbindungen wurden beispielsweise dadurch ermittelt, indem Reisende in Transitzügen, aus denen Material abgeworfen wurde, durch die üblichen Mittel der Passkontrolle überprüft wurden. Ferner wurde Telefonüberwachung und Postzollfahandung eingesetzt. Eingeschmuggelte Gegenstände ließ sie auf Fingerabdrücke untersuchen.

Die federführende „Abteilung XXII“ konzentrierte ihre Tätigkeit auf die „Zelle Cottbus“. Die Identität zweier Zellenmitglieder aus Lübbenau (Familie Niehüser) hatte das MfS rasch ermittelt. Die „Abteilung XXII“ kontaktierte die beiden Zellenmitglieder, konnte sie „umdrehen“, als IM gewinnen und fortan gegen die KPD/ML einsetzen. Die beiden IM wurden später auch zu Treffen mit KPD/ML-Funktionären in die BRD geschickt.

Ende 1980 schätzte das MfS die Anzahl der ostdeutschen Mitglieder, Kandidaten und engeren Kontaktpersonen der „Sektion DDR“ auf etwa 50 Personen. Zur Bearbeitung setzte die Stasi in diesem Zeitraum etwa 20, später sogar über 30 IM ein. Diese Spitzel suggerierten die Existenz weiterer 30 Sympathisanten.

In Magdeburg hatte das MfS unter den vier Mitgliedern und drei echten Sympathisanten einen IM, der noch zwei fiktive Sympathisanten zu suggerieren vermochte. (IM „Clemens“ - Klarname: Hans Schmidt)

Das MfS-konstruierte in Berlin eine Zelle, die ein reines Stasi-Produkt war. Sie diente dazu, weitere Instrukteure und Kurierere zu identifizieren sowie Desinformationen an die Parteiführung zu lancieren. In Ostberlin verfügte das MfS über sechs, in Frankfurt und Leipzig über je vier, in Karl-Marx-Stadt über drei, in Dresden über zwei sowie in Cottbus, Halle und Magdeburg über je einen IM als Mitglieder der KPD/ML. Gegen die KPD/ML in der BRD arbeiteten darüber hinaus drei IM der HV A II/6 (darunter zwei KPD/ML-Mitglieder und ein Abschöpfungskontakt), ein IM der HV A (Sektor Wissenschaft und Technik) sowie ein IM als Abschöpfungskontakt der Abteilung XXII/3 aktiv. (Vgl. Übersicht der Abteilung XXII vom 24.10.83 zu den im Rahmen der Aufklärung und Bearbeitung der „KPD“ eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter; BStU, ZA, Neiber 91, Bl.249f)

Im Westen selber hatte das MfS 22 Instrukteure, 33 Kurierere, 42 Deckadressen und 6 Decktelefone der KPD/ML identifiziert.

Trotzdem konnten immer wieder von nichterkannten KPD-Mitgliedern Losungen angebracht und Flugblätter verteilt werden. Und selbst dort, wo Verbindungen und Aktivitäten bekannt waren, fehlten dem MfS oft eindeutige Beweise, um gegen die Betroffenen strafrechtlich vorgehen zu können.

Nach erfolgreicher Aufklärung bediente sich die Stasi verschiedener Methoden um die Sektion zu liquidieren. Dies schloß sogenannte Zersetzungsmaßnahmen mit ein. Durch gezielte Maßnahmen eines IM wurde z.B. ein Mitglied der „Zelle Cottbus“ („Opa“ Heinz) bei der Parteizentrale in Mißkredit gebracht, was zu seinem Parteiaus-schluß durch die „Sektionsleitung DDR“ führte.

Zellen, die nicht unter MfS-

Kontrolle standen, zersetzte das MfS beispielsweise, indem es etwa für eine gesteigerte berufliche Belastung eines Aktivisten sorgte, um ihn so von übermäßigem Engagement für seine Organisation abzuhalten. Weiterhin schürte die Stasi selber das permanente Mißtrauen innerhalb der Sektion, indem es führende Aktivisten von offensiven Maßnahmen (wie Verhaftung oder Einreisesperre) verschonte. Dies sollte die Betroffenen dem Verdacht der Spitzeltätigkeit aussetzen.

Weitere Maßnahmen waren Einberufungen zum Wehrdienst bzw. Reservedienst. So wurde ein Zellenmitglied in Magdeburg nur deshalb einberufen, damit der IM ungestörter Zersetzungsarbeit leisten konnte.

StaSi verteidigt Maoismus, um zu spalten

Mit Hilfe von IM's wurde Verunsicherung in ideologischen Fragen in die Zellen getragen. Beispielsweise führte IM Niehüser scharfe Polemiken gegen die Partei der Arbeit Albaniens, verteidigte den Maoismus. Seine maoistischen Positionen wurden aber zurückgewiesen. Im übrigen war die Auseinandersetzung in der DDR mit dem Maoismus problemloser als im Westen. In Erwartung, daß es zu Austritten käme, führte Günther Niehüser eine hemmungslose Hetzkampagne.

Das MfS machte sich auch die zunehmenden Spannungen zwischen der KPD und der PdA ab 1983 zunutze. Über die Hauptabteilung II plante das MfS (unter Einsatz inoffizieller Mitarbeiter) die Skepsis der Angehörigen der albanischen Botschaft gegenüber der KPD zu vertiefen. (Vgl. Vorschlag für die Weiterführung der politisch-operativen Maßnahmen zur Bekämpfung der „KPD“ vom 25.10.1984; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd.1, Bl.194-197)

Um weitere Quellen innerhalb der Sektion zu gewinnen, war der Stasi alles recht. So nutzte sie die Ehekrise eines Parteiaktivisten aus, um diskreditieren-

de Informationen über ihn zu gewinnen und ihn damit unter Druck zu setzen. (Vgl. Ergänzung zum Vorschlag zur Werbung des KPD/ML-Funktionärs „Kagel“ unter Ausnutzung kompromittierenden Materials vom 20.5.1980; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd.1, Bl.172f.)

Einem anderen Kommunisten sollte durch eine vom MfS gesteuerte Liebesaffäre einseitig die Ehe zerstört werden und er selber in kriminelle Machenschaften verstrickt werden. Die MfS-Agentin scheiterte jedoch. Später wurde versucht, die Ehefrau des Genossen als IM zu gewinnen.

Erpressungen und Druck wurde auf Familienmitglieder ausgeübt. Studienplätze wurden verwehrt. Die Rente „Opfer der Faschismus“ wurde für Erpressung genutzt. Gleichzeitig wurden bekannte Kommunisten observiert. So waren in Magdeburg die Wohnungen der KPD-Genossen, u.a. meine eigene, voll verwandt. Über Jahre wurde permanent abgehört (!). In meinen StaSi-Akten (bis jetzt über 10.000 Seiten, es fehlen noch einige) lagen Duplikate von Wohnungsschlüsseln.

Fortsetzung im nächsten RM

Durchsuchungen bei Antifaschisten

Nachdem die Polizei am Montag (8.12.) eher zufällig einen Bombenanschlag von Neonazis auf ein PDS-Mitglied vereitelte, sind die Ermittler mit wichtigerem beschäftigt als damit, den rechtsextremen „Kameradschaften“ in Treptow und Köpenick auf die Pelle zu rücken.

Am frühen Mittwoch morgen (10.12.) hat die Polizei insgesamt 13 Hausdurchsuchungen bei Antifaschisten in Berlin und Göttingen durchgeführt. Die Durchsuchungen wurden mit dem Vorwurf begründet, zu Straftaten aufgerufen und Sachbeschädigungen begangen zu haben. Der Tatbestand des Aufrufes zu Straftaten soll durch das Verkleben von Zetteln mit der Aufschrift „NPD in Passau angreifen!“ gegeben sein. Die NPD beabsichtigt, am 7. Februar 1998 in Passau ihren Parteitag durchzuführen. Die Sachbeschädigung sei durch das Überkleben von Straßenschildern gegeben, so der Durchsuchungsbefehl. Unbekannte hatten vor längerer Zeit Straßenschilder an der in Danziger Straße unbenannten Dimitroffstraße in Berlin mit dem vormaligen Namen überklebt.

Während die Ordnungshüter der Hauptstadt die von den Antifaschisten beschlagnahmte Computersoftware, Disketten, Festplatten kopieren, hüllt sich die Staatsanwaltschaft in Schweigen über die Nazi-Bombenleger. Fest steht, daß die Nazis bereits zwei Probestrengungen durchführten. Der Betroffene erfuhr allerdings erst am Mittwoch davon durch die Presse. Die Polizei hatte keine Zeit gefunden, ihn zu informieren. Wahrscheinlich weil sie mit dem Durchsuchen autonomer WG's beschäftigt war.

ANTIFA-BERICHTE

aktuell



Sofortiger Rücktritt Rühes und Kinkels!

Das muß die Forderung jeder Demokratin, jedes Demokraten sein.

Seit geraumer Zeit läßt sich die Zunahme faschistischer Umtriebe in der Bundeswehr immer schlechter vertuschen. Rühes stereotypes Geleiere von „Einzelfällen“ wirkt immer abgedroschener.

Der Fall Roeder setzt dem Ganzen aber (vorläufig) die Krone auf.

Roeder ist vorbestrafter Naziterrorist. Hitlerverehrung, Leugnung der deutschen Kriegsschuld und des Massenmordes an Juden sind bei ihm notorisch. 1982 wurde er vom Oberlandesgericht Stuttgart zu 13 Jahren Haft verurteilt, weil er an Brandanschlägen auf Behausungen von Immigranten beteiligt war, bei denen u.a. zwei Vietnamesen ums Leben gekommen waren. 1990 wurde er nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe wegen „guter Führung“ entlassen. Eben dieser Roeder hielt vor der

Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg einen Vortrag über die „Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg“. Eingeladen wurde er vom Stabschef der Akademie, Oberst Norbert Schwarzer. Als dieser Skandal bekannt wurde, weilte der saubere Herr Oberst übrigens gerade in Albanien. Als Ausbilder.

Inwieweit Rühe informiert war, ist dabei völlig egal. Er muß schon deswegen zurücktreten, weil er den Vorgang in unerträglicher Weise beschönigt. Er geht dabei so weit, die Presse, die darüber berichtet, zu beschimpfen. Es handle sich um eine „gezielte Kampagne“ „linker Medien“. Es fehlt nur noch, daß der saubere Herr Kriegsminister von „Vaterlandsverrättern“ spricht.

Das ist aber noch nicht alles. Roeder betreibt ein obskures „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk“, das offenbar bei der „Germanisierung“ Rußlands Pionierarbeit leisten will. Diesem „Werk“ lieferte die Bundeswehr 1993 Fahrzeuge und Werkzeug. Und zwar auf Empfehlung des Auswärtigen Amtes. Letzteres bekundete sogar „dringendes Bundesinteresse“. Und Kinkel soll bloß nicht sagen, er hätte nicht gewußt, wen sein Ministerium da fördert. Schließlich wurde Roeder vom Verfassungsschutz überwacht.

All dies stinkt zum Himmel, braucht einen aber nicht zu wundern. Die Bundeswehr wurde von Anfang an von faschistischen Offizieren aufgebaut, und der Geist des Faschismus ist kein „Betriebsunfall“, sondern **muß** in der Truppe aufrechterhalten werden, damit diese ihren Kampfauftrag erfüllen kann. In doppelter Hinsicht: Zum einen gegen die eigene Bevölkerung. Schließlich ist den Herrschenden das Wachsen des sozialen Zündstoffs nicht unbekannt. Zum anderen gegen andere Völker. Wie

gesagt: Der Oberst, der Roeder einlud, bildet gerade Bundeswehrosoldaten in Albanien aus.

Im übrigen setzte Rühe noch einen drauf. Das Kriegsministerium ließ verlauten, daß die Reichskriegsflagge mit Preußenadler in den Kasernen verwendet werden darf. An sich schon ein Skandal, ist dies in der jetzigen Situation eine ganz besondere Provokation. Rühe will diese Situation keineswegs nur aussitzen, sondern er will sie aktiv nutzen, um zu demonstrieren, daß reaktionärste militaristische Traditionen in der Bundeswehr ihren festen Platz haben. Schließlich **ist** die Bundeswehr eine reaktionäre Institution in der Tradition des deutschen Militarismus.

Was folgt aus alledem?

Der demokratische Kampf gegen den braunen Ungeist muß verstärkt werden. In diesem Sinne muß derzeit die Forderung nach dem Rücktritt Rühes und Kinkels aufgestellt werden. Wer so handelt wie sie, ist kein bürgerlicher Demokrat, sondern fördert aktiv faschistische Umtriebe. Alle demokratischen Kräfte müssen von der Richtigkeit dieser Forderung überzeugt werden. (Übrigens: Wo bleibt die Rücktrittsforderung seitens der SPD? Aber die hat ja auf ihrem Parteitag Militäreinsätze der Bundeswehr gerade „neu bewertet“. Sie sollen auch „gegen den Willen der Konfliktparteien“ zulässig sein...)

Zum anderen wird es immer dringlicher, demokratische und friedliebende Wehrpflichtige davon zu überzeugen, daß sie den Militärdienst **nicht** verweigern, sondern in der Bundeswehr politisch arbeiten. Oder soll man die Bundeswehr kampfflos faschistischen Kräften überlassen? Natürlich ist die Bundeswehr ein reaktionäres Instrument, aber sie ist Realität. Auf Realitäten muß man sich einstellen.

Ein langer Brief von Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, mit neuen „Verfassungsschutz“vorwürfen gegen die KPD

**Marxistisch-Leninistische
Partei Deutschlands - MLPD
Zentralkomitee - Parteivorsitzender -**



Koststr. 8, 45899 Gelsenkirchen, Tel. (0209) 951940/ Fax (0209) 9519460

4. November 1997

an Diethard Möller, ZK der KPD (Roter Morgen)

Werte Genossen,

ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, auf euren Brief zu antworten, den ihr am 27.3.97 im "Roter Morgen" veröffentlicht habt. Ihr bringt zum Ausdruck, daß ihr um eine »faire Auseinandersetzung« bemüht seid. Ich will an dieser Stelle nicht beurteilen, ob der von euch ständig praktizierte ätzende Stil in der Auseinandersetzung bewußt ist oder ob ihr es einfach nicht geschafft habt, euch aus der Sphäre der kleinbürgerlichen "ml"-Bewegung der 70er Jahre zu lösen, wo sich gewisse Organisationen auf der Grundlage eines kleinbürgerlichen Führungsanspruchs anmaßen, andere Revolutionäre abzuurteilen und zu diffamieren.

Ständig wird von euch versucht, die MLPD in eine öffentliche Diskussion zu verwickeln, obwohl wir bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß wir **weder an einer solchen ausgiebigen Diskussion mit euch interessiert** sind, solange sie nicht vom ernsthaften Willen in der Suche nach einer prinzipiellen Einheit getragen ist, noch **lassen wir uns von euch den Takt der Auseinandersetzung aufzwingen**. Angesichts der vielfältigen Aufgaben im Parteaufbau und Klassenkampf, aber auch auf internationalem Gebiet, nehmen wir uns das Recht, diese von euch provozierten Auseinandersetzungen in der Reihenfolge ihrer Bedeutung einzuordnen und entsprechend Stellung zu nehmen.

Selbstverständlich ist es allerdings, daß wir euch auf euren Brief eine Antwort geben. In dem Brief beschwert ihr euch über Vorwürfe der MLPD: "Die KPD würde die Arbeit des Verfassungsschutzes machen. Dabei gehen Genossen von euch so weit, daß sie innerhalb eurer Partei verbreiten, wir hätten Verfassungsschutzagenten in unseren Reihen. Das ist ein sehr ernster Vorwurf."

Das ist typisch für die Art Eurer Auseinandersetzung, nicht streng von dem auszugehen, was tatsächlich von unserer Partei öffentlich geäußert wird, sondern **irgendwelche, nicht nachprüfbar Dinge heranzuziehen**.

Ich frage mich natürlich, woher ihr wissen wollt, was bei uns innerhalb der Partei verbreitet wird. Selbst wenn Ihr Informationen über interne Auseinandersetzungen in der Partei hättet, ist es doch ein Akt der Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. **Wer wirklich eine faire Auseinandersetzung will, der mischt sich nicht in innerparteiliche Angelegenheiten einer Partei ein, mit der man zusammen kämpfen will.**

Bei uns innerhalb der Partei wird nicht verbreitet, "Ihr hättet Verfassungsschutzagenten in euren Reihen". Wir machen nur darauf aufmerksam, daß sich **euer Stil und Inhalt des ideologischen Kampfes gegen die Lehre von der Denkweise in Form und Inhalt nur sehr wenig vom Verfassungsschutzbericht abhebt**.

Der **Verfassungsschutzbericht** ist ein **Mittel des staatlichen Machtorgans der Monopole**, um den Staatsapparat und die Massenmedien grundsätzlich auszuschalten in der Behandlung der MLPD. Er ist ein **Kampfinstrument des Klassenfeindes auf ideologischem Gebiet**, der natürlich jeden von uns entsprechend in der Gewerkschaft und in der Öffentlichkeit in ein bestimmtes Licht zu rücken versucht. Daß im Verfassungsschutzbericht ein ganz bestimmter Inhalt und Methode angewandt wird, ist darum nicht zu verwundern.

Woher aber eure Methode kommt, ist doch sehr fragwürdig. Ich will kurz darstellen, wie sich Inhalt und Methode eurer Auffassungen doch sehr mit denen vom Verfassungsschutzbericht 1996 decken.

Verfassungsschutzbericht 1996
Um den Parteivorsitzenden Stefan Engel "zeigen sich zunehmend Ansätze eines Personenkults".

"Roter Morgen", 16/96
"Wenn also der Verfassungsschutz bei der MLPD einen 'Personenkult um Stefan Engel' feststellt, sollte man das vielleicht einmal überprüfen..."

Mir riecht das doch etwas nach 'Personenkult' und es erinnert mich auch sehr an revisionistische Praktiken, wo alles, was Parteiführer machten und taten, bejubelt und verherrlicht wurde."

Verfassungsschutzbericht 1996
"Sie (die MLPD, Stefan Engel) verordnete eine Weiterentwicklung des Systems der Kontrolle und der Selbstkontrolle in der Partei". Ankündigungen einer angeblich notwendigen "Kaderüberprüfung" lassen auf eine bevorstehende Säuberungswelle im 'Zentralkomitee' (ZK) schließen."

"Roter Morgen", 12/96
"Mit ihrer Lehre von der 'kontrollierten Selbstveränderung des Denkens' gesellen sich die MLPD-Führer, die selbstverständlich die 'obersten Kontrolleure' sind, dem Reigen dieser 'wohlmeinenden Erzieher' zu..."
So ergibt sich ein hierarchisch gestaffeltes System, in welchem Maße die 'richtige' Denkweise sich angeeignet hat und folglich zu Erziehung anderer berufen ist. An der Spitze steht 'die Partei', an deren Spitze wiederum der 'proletarische Kern', an dessen Spitze der 'proletarische Denker' Stefan Engel."

Verfassungsschutzbericht 1996
"Beim 'Kampf um die Umerziehung zu einer proletarischen Denkweise' sah die Partei Schwierigkeiten auch in den eigenen Reihen..."

"Roter Morgen", 12/96
"Wer sich von dem in dieser Hierarchie jeweils über ihm stehenden (weil 'proletarischer' denkenden) nicht bereitwillig 'erziehen' läßt, der ist eben ein schlechter Mensch, ist von irgendeiner Art 'kleinbürgerlicher Denkweise' befallen."
Der "Rote Morgen" Nr. 16/96 spricht gar von "Endlosen, quälenden Selbstveränderungsdiskussionen, die zu einer sichtbaren Lähmung der praktischen Arbeit der MLPD geführt haben."

Verfassungsschutzbericht 1996
"Zur Festigung internationaler Beziehungen" veranstaltete sie zusammen mit ihrem Jugendverband 'REBELL' wieder ein Pfingstjugendtreffen..., an dem etwa 4000. Besucher teilnahmen, nahezu ausschließlich eigene Mitglieder sowie Anhänger befreundeter Organisationen."

"Roter Morgen" 14/96
"Insbesondere mit dem Aufruf zum Pfingstjugendtreffen wird natürlich die Überparteilichkeit der Aktion (Arbeitsplätze für Millionen, Stefan Engel) endgültig und vollständig liquidiert. Sie wird zu einem Anhängsel der MLPD und des von ihr organisierten Pfingstjugendtreffens gemacht.", so als ob nicht vor zwei Jahren bereits 170 Mitveranstalter das Treffen mitorganisierten.
Das diesjährige, von einer breiten Aktions-einheit vorbereitete Pfingstjugendtreffen wird im "Roten Morgen" 6/96 als "von der MLPD initiiert" bezeichnet.

Nicht wir haben zu beantworten, warum das so ist, sondern ihr müßt euch die Frage stellen, **woher dieser Gleichklang** kommt. Es gibt nur **zwei Möglichkeiten**: Entweder seid ihr vom Verfassungsschutzbericht beeinflusst oder der Verfassungsschutz hat bei euch abgeschrieben. Beides läuft darauf hinaus, daß ihr die **kleinbürgerliche und bürgerliche Munition im ideologischen Kampf gegen die MLPD** liefert. Dafür habt ihr die Verantwortung. Wenn wir das in der Öffentlichkeit aufdecken, müßt ihr nicht wie getroffene Hund aufbellern, sondern endlich überprüfen, was die **objektive Wirkung und der objektive Inhalt eurer Argumentation** ist.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Die MLPD hat keinerlei Interesse, mit dem "Roter Morgen" auf dieser Ebene in eine prinzipielle Auseinandersetzung zu treten.

Mit revolutionären Grüßen!

Stefan Engel

Stefan Engel

Die Antwort der KPD

Lieber Genosse Stefan Engel!

Vielen Dank für Deinen Brief vom 4. November 97. Wir sind froh, daß Ihr nach rund acht Monaten endlich antwortet. Wir bedauern allerdings sehr, daß sich Dein Brief wie auch Eure gesamte Polemik nicht mit der Politik unserer Partei beschäftigt, sondern unsachliche, unbewiesene Behauptungen enthält. Du beklagst den „**ätzenden Stil**“ und daß wir es nicht geschafft hätten, uns „**aus der Sphäre der kleinbürgerlichen ML-Bewegung der siebziger Jahre zu lösen**“. Dein Brief befindet sich jedoch selbst auf diesem Niveau.

Ein Beispiel:

Du beschwerst Dich, daß wir Euch vorwerfen, daß Genossen von Euch in Eurer Partei verbreiten, die KPD hätte Spitzel in ihren Reihen. Du beklagst, daß dieses nicht nachprüfbar Dinge seien. Weiter beschwerst Du Dich, daß wir uns damit in die inneren Angelegenheiten Eurer Partei einmischen würden. Du fragst, woher wir wenn

diese internen Informationen haben? Die Antwort ist einfach! Genossen Eurer Partei haben dies in Gesprächen zu Freunden und Genossen unserer Partei gesagt. Von Einmischung in Eure Partei ist da keine Spur. Oder dürfen wir nicht mehr auf der Straße mit Genossen Eurer Partei reden? Ist das Einmischung?

Ihr selbst habt uns am 11.11.96 einen Brief mit folgendem Inhalt geschickt: „**Auf dem Jugendaktionsstag am 21. September 1996 in Frankfurt behauptete einer Eurer 'Roter Morgen'-Verkäufer gegenüber einem MLPD-Genossen und weiteren Umstehenden, daß 'im MLPD-Vorstand nur Faschisten' seien. Ist das Eure Art der 'sachlichen' Auseinandersetzung, die Ihr Euch im 'Roten Morgen' immer wieder selbst bescheinigt? Wir fordern Euch auf, zu dieser ungeheuerlichen Unterstellung Stellung zu nehmen! Unterschrift: Klaus Wallenstein, Pressesprecher der MLPD**“. Benutzt Ihr damit auch nicht nachprüfbar Anschuldigungen gegen unsere Partei? Wer soll so etwas prüfen? Und auf welchem Niveau sollen wir uns denn miteinander auseinandersetzen? Wir haben deshalb bewußt bisher nicht auf diesen Brief mit seinen haltlosen Anschuldigungen rea-

giert.

Die Haltung unserer Partei ist klar: Wir haben die MLPD immer als revolutionäre Organisation betrachtet und schätzen die Arbeit ihrer Genossinnen und Genossen. Wir haben allein Eure ideologischen Verzerrungen des Marxismus-Leninismus und daraus resultierende politische Fehler angegriffen, sicher manchmal auch scharf. Verleumdungskampagnen à la „Verfassungsschutz“, wie Ihr sie betreibt, lehnen wir ab. Während Du in Deinem Schreiben eine „prinzipielle Auseinandersetzung“ ausdrücklich ablehnst, möchten wir eine prinzipielle Auseinandersetzung statt einem solchen Hickhack.

Nun zu den Inhalten Deiner „Verfassungsschutz“-Vorwürfe. Du versuchst dabei, aus einer Gegenüberstellung von Zitaten des Verfassungsschutzes und zusammengestückelten (an Stellen, die nicht in Dein Konzept paßten, findet der Leser Pünktchen) Zitaten aus dem ROTEN MORGEN den Eindruck zu erwecken, als arbeiteten Verfassungsschutz und KPD im „Gleichklang“. Und Du schlußfolgerst daraus: „*Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder seid Ihr vom Verfassungsschutzbericht beeinflusst oder der Verfassungsschutz hat bei Euch geschrieben.*“ Gäbe es nicht auch eine dritte Möglichkeit? Wäre es nicht möglich, daß der Verfassungsschutz sehr wohl in der Lage ist, wenigstens auf der Ebene der Erscheinungsformen die Realität oder zumindestens Teile von ihr zu erkennen? Der Verfassungsschutz ist ja gerade dazu geschaffen worden, reales Material für die Herrschenden zu beschaffen, damit sie sicher herrschen können, damit sie Einfluß nehmen können (Schau dir dazu vielleicht mal die Serie an, die wir zur Zeit im ROTEN MORGEN über den Kampf der StaSi gegen unsere illegale Sektion in der DDR veröffentlichen; dies ist sicher ein Lehrbeispiel für die Tätigkeit von solchen Organisationen). Ohne reales Material geht das nicht. Gerade die Bourgeoisie als Klasse ist durchaus materialistisch, auch wenn sie gegenüber den Massen andere Ideologien predigt. Ohne materialistische Kenntnisse und Wissenschaft könnte diese Klasse und diese Gesellschaftsformation gar nicht existieren. Die Bourgeoisie ist durchaus in der Lage, die Realität in gewissen Grenzen zu erkennen. Natürlich wird der Verfas-

schungsschutzbericht politisch geschrieben; das wissen wir. Aber auch der Verfassungsschutzbericht hat nur dann Sinn, wenn er wenigstens ein Zerrbild der Realität ist. Würde er kompletten Unsinn enthalten, wäre er unglaubwürdig und würde von niemandem ernstgenommen werden.

Und wenn wir auf der Ebene der Erscheinungsformen dieselben Dinge sehen wie der Verfassungsschutz, was ist daran schlimm, wenn diese Dinge real sind? Als Marxisten-Leninisten haben wir allerdings gegenüber dem Verfassungsschutz den Vorteil, daß wir das Wesen der Erscheinung analysieren können. Dies haben wir in unseren Kritiken getan.

Du schreibst, wir sollten die objektiven Inhalte unserer Argumente überprüfen. Gern! Aber wäre es nicht an der Zeit, daß auch Ihr das macht?

Nun zu den zusammengestückelten Zitaten und dem objektiven Inhalt unserer Argumente:

Das erste Zitat aus dem RM 16/96 stammt aus einem Artikel von mir. Leider unterschlägst Du den Zusammenhang. So vergißt Du meinen Hinweis auf Mao Tse-tung, der gesagt hat, daß in den Angriffen der Feinde ein wahrer Kern stecken kann, den wir als Marxisten berücksichtigen müssen. Dann unterschlägst Du, worin ich den Personenkult gesehen habe: In der pompösen Veröffentlichung einiger Gedichte von Dir in der „Roten Fahne“. Übrigens habt Ihr seit dieser Kritik auf die weitere Veröffentlichung von Gedichten verzichtet. Es war also wohl doch was dran. Weiter unterschlägst Du unsere Kritik daran, daß Ihr sämtliche Mitglieder Eures ZK mit Namen und Foto in der „Roten Fahne“ veröffentlicht und damit dem Verfassungsschutz die Arbeit erleichtert habt. Hättest Du Dich mit diesem objektiven Kern unserer Kritik beschäftigt, wäre das vielleicht besser, als die KPD zu beschimpfen.

Dein zweites Zitat aus dem RM 12/96 ist schon arg zusammengestoppelt. Damit es den Anschein erweckt, wir würden ähnlich wie der Verfassungsschutz denken, hast Du einfach einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz aus dem hinteren Teil des Artikels vorne hingestellt und dann einen weiteren wahllos herausgegriffenen Satz, der vorne steht, hinten angefügt. Das ist kein Zitieren, sondern ein Zurechtbiegen. Natürlich

hast du den ganzen Inhalt der Kritik verschwiegen. Und so hat der Inhalt unserer Kritik mit dem danebengestellten Verfassungsschutz zitat gar nichts zu tun. Wir haben den Kern der Lehre von der Denkweise als bürgerliche, idealistische Selbstveränderungs ideologie kritisiert. Davor würde sich der Verfassungsschutz wohl hüten und das kann er mit seiner bürgerlichen Denkweise tatsächlich auch nicht. So steht u.a. im ROTEN MORGEN: „*Was bedeutet die 'Selbstveränderung der Denkweise'?*“ *Auf gut deutsch folgendes: Ich erziehe mich selbst, dann bin ich ein besserer Mensch, und dann kann ich andere erziehen. So ergibt sich ein hierarchisches System...*“ und dann folgt ein Zitatstück, daß Du Dir herausgefischt hast. Zum objektiven Kern unserer Kritik schweigst Du. Oberflächlich zusammengebogene und damit inhaltlich verfälschte Zitate ebenso oberflächlich mit Verfassungsschutzzitaten vergleichen, das ist doch wohl keine 'proletarische Denkweise' und erst recht keine marxistische Methode.

Im dritten Zitat hast Du nocheinmal ein herausgefischtes Zitatbröcklein aus demselben ROTEN-MORGEN-Artikel mit einem Verfassungsschutz zitat verglichen. Toll! Nun habt auch Ihr in der Roten Fahne mehrfach darüber geschrieben, daß Teile der Partei die 'Lehre von der Denkweise' nicht verstanden und richtig angewandt haben. Wir zitieren gerade in dem erwähnten Artikel aus Eurer 'Roten Fahne', in der Ihr über eine 'kleinbürgerliche Gegentendenz' in Eurer Partei berichtet. Wenn nun also der ROTE MORGEN schreibt, daß Ihr Probleme bei der Umsetzung der Denkweise habt, wenn der Verfassungsschutz solche Probleme sieht und wenn Ihr selbst über solche Probleme berichtet, seid Ihr dann auch vom Verfassungsschutzbericht beeinflusst oder hat der Verfassungsschutz bei Euch geschrieben? Du siehst vielleicht selbst, wie wenig Deine Argumentationskette mit der Realität zu tun hat, sondern eine willkürliche Zitätenklauberei darstellt.

Bei der letzten Zitatgegenüberstellung willst Du anprangern, daß sowohl wir als auch der Verfassungsschutz sagen, daß das Pfingstjugendtreffen 96 von Euch organisiert wurde. Du stellst dem entgegen, daß 170 Mitveranstalter dabei gewesen seien. Entkräftet das unsere Aussage? Ist sie dann

nicht mehr real? Du selbst weißt, daß das Pflingstjugendtreffen ursprünglich ein Pflingstjugendtreffen des Rebell war. Der Rebell ist die Jugendorganisation der MLPD. Mittlerweile wird das Pflingstjugendtreffen als breite Aktionseinheit organisiert. Eine führende Kraft ist darin weiterhin der Rebell und die MLPD. Was ist daran schlimm, wenn man das feststellt? Dürfen wir nicht mehr die Wahrheit sagen, nur weil der Verfassungsschutz sie auch erkannt hat?

Merkwürdig erscheint mir Dein Schlußsatz, wo Du betonst, daß die MLPD kein Interesse hat, auf dieser Ebene in eine prinzipielle Auseinandersetzung zu treten. Das scheint mir auch so. Denn ich finde die Auseinandersetzung, die Ihr da führt, reichlich prinzipienlos. Uns wäre an einer prinzipiellen Auseinandersetzung über wirklich wichtige Fragen, wie die Arbeit, den Weg, die Ziele der Kommunisten in Deutschland, über Möglichkeiten der Zusammenarbeit usw. gelegen. Deine Antwort nach mehr als 7 Monaten scheint uns ein Zeichen der Schwäche, weil sie den bedeutenden Fragen ausweicht und sich auf haltlose Verdächtigungen und Zitätenklaubereien beschränkt. Ebenso wundert es mich, daß Du zwar einerseits eine „prinzipielle Auseinandersetzung“ ablehnst, gleichzeitig aber einen dreiseitigen Brief an uns schreibst, obwohl wir nun schon seit längerer Zeit kaum noch zu Euren ideologischen und politischen Problemen Stellung nehmen. Wir haben das Wesentliche gesagt. Es fehlt eine inhaltliche Antwort, statt Geschimpfe. Fehlt Dir der Streit? Willst Du um Eure inhaltsleeren Anschuldigungen eine Auseinandersetzung führen? Hast Du das nötig?

Wir hoffen immer noch auf eine vernünftige inhaltliche Auseinandersetzung! Wir werden auch diese Angriffe nicht zum Anlaß nehmen, auf ähnliche Wiese zurückzuschießen oder gar bombastisch den Abbruch der Zusammenarbeit verkünden, wie Ihr das ständig wiederholt. Wir bieten Euch zentral und auch allen Euren Genossinnen und Genossen weiterhin die Zusammenarbeit im Klassenkampf an, wie wir das jetzt wieder zu den Bundestagswahlen getan haben. In diesem Sinne wünschen wir Euch ein besseres, kämpferisches Neues Jahr 1998 an.

Mit solidarischen Grüßen
Diethard Möller,
für das ZK der KPD

Heinrich Heine über die Notwendigkeit des Kommunismus



Wie sehr müssen sie ihn heute noch fürchten, die Herrschenden, wenn der Bundespräsident aus Anlaß seines 200. Geburtstages den dummdreisten Versuch unternimmt, ihn für seine Klasse zu reklamieren! Die Rede ist von Heinrich Heine. Ein kritischer Geist sei er gewesen, so Herzog, „weder finanziell noch ideologisch korrumpierbar“. Wohl wahr. Originalton Herzog: „Wir brauchen Streit und Widerspruch.“ Wohl wahr. Doch die Streithaftigkeit und Kritik eines Heine kann einem Herzog wohl kaum gefallen, denn sie richteten sich gegen die Gesellschaftsordnung und gegen die Klasse, die Herzog vertritt, eine Klasse, für die Korruption Normalität ist, Korruption finanzieller und ideologischer Art.

Heinrich Heine schrieb:
„Ich möchte (...) hier ganz besonders andeuten, wie es für den Kommunismus ein unberechenbar günstiger Umstand ist, daß der Feind, den er bekämpft, bei all seiner Macht dennoch in

sich selber keinen moralischen Halt besitzt. Die heutige Gesellschaft verteidigt sich nur aus platter Notwendigkeit, ohne Glauben an ihr Recht, ja ohne Selbstachtung (...).“

(Lutetia, Anhang I)

Dies sei dem Herrn Herzog, dem offiziellen Repräsentanten dieser Gesellschaft, ganz besonders ins Stammbuch geschrieben.

Statt einer längeren Würdigung Heines sei hier eine höchst aktuelle Passage aus dem „Wintermärchen“ wiedergegeben. Höchst aktuell deshalb, weil die Verfechter der bürgerlichen Ordnung der arbeitenden Bevölkerung nach wie vor der Lied von der „Entsagung“ vorsingen, wobei es egal ist, ob sie die gepriesene Entsagung nun religiös begründen oder nicht. (Heute ist es vor allem der Götze „Marktwirtschaft“, der uns angeblich mit Arbeitsplätzen belohnen wird, wenn wir entsagen - es weiß nur keiner, wie dies Wunder vonstaten gehen soll.)

Sie sang vom irdischen Jammertal
Von Freuden, die bald zer ronnen,
Vom Jenseits, wo die Seele schwelgt
Verklärt in ewgen Wonnen.

Sie sang das alte Entsagungslid,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenne auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich Euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

(Aus: Deutschland. Ein Wintermärchen)

Ja, Herr Herzog, verschlemmen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben! Gefällt Ihnen das? Sind Sie der Meinung, daß wir solchen „Streit und Widerspruch“ brauchen? Das können Sie haben!

Wie in jedem Jahr macht der ROTE MORGEN bis zur ersten Ausgabe im Neuen Jahr 1998 eine vierwöchige Pause. Der nächste ROTE MORGEN wird am 22.1.1998 erscheinen. Wir wünschen allen unseren Leser/innen ein gutes und kämpferisches Jahr 1998.

Aus technischen Gründen entfällt die türkische Seite in dieser Ausgabe. Im nächsten RM wird sie wieder erscheinen.

Korrespondenz

Seitdem die DVU am Abend des 21. September im Restaurant „Olympus“ ihren Wahlsieg gefeiert hatte, fanden im gleichen Lokal in der Möllner Landstr. in Billstedt regelmäßig Treffen von Sympathisanten und Mitgliedern dieser faschistischen Partei statt.

Um eine derartige Zusammenrottung am 3. Dezember zu verhindern, wurde von einem antifaschistischen Bündnis zu einer Demonstration aufgerufen.

Am 9.11.1939, in der Kristallnacht, zogen die Nazis durch deutsche Strassen, um zu plündern, zu randalieren und zu brandschatzen. Durch den vom deutschen Faschismus inszenierten 2. Weltkrieg starben 55 Millionen Menschen. Davon wurden in deutschen Konzentrationslagern 11 Millionen Menschen durch Zwangsarbeit, Massenvernichtung und durch unmenschliche Experimente ermordet. Das ist Geschichte, die fast 60 Jahre zurückliegt.

An der antifaschistischen Demonstration nahmen ca. 1000 Menschen mehrerer Organisationen teil. Mit Sprechchören, die zu mehr Solidarität mit den Migranten aufriefen, den Faschisten keine neue Chance zu geben, sowie mit Transparenten versuchten die Teilnehmer, sich Gehör zu verschaffen. Die Kundgebung verlief im Rahmen der genehmigten

Demnstration von der U-Bahn Haltestelle

Billstedt, quer durch Billstedt zum Restaurant. Da die Faschisten ihre Veranstaltung aber in eine Gaststätte am Schiffbeker Weg verlegt hatten, wurde die Demonstration spontan dorthin umgelenkt. Vor dem Restaurant Schiffbeker Hof kam es zwischen etwa 20 Demonstranten und der Polizei zu einer Auseinandersetzung, die durch Steinwürfe einzelner Jugendlicher provoziert wurde. Dabei wurden mehrere Schaufenster des Lokals

eingeworfen. Durch den massiven Einsatz von Polizeikräften wurde die Demonstration schließlich aufgelöst.

Es ist zumindest nachvollziehbar, woher diese Wut kommt, die sich dort Luft gemacht hat. Es ist nichts neues, daß sich in diesem Land die Nazi- und Kriegsverbrecher nie richtig für ihre Verbrechen verantworten mußten.

Zur Zeit werden auf der einen Seite Gelder für Sozialleistungen und Bildung eingespart, auf der anderen Seite Milliarden für die Rüstung, z.B. für den Eurofighter, ausgegeben. Allein in Hamburg haben 7000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Das ist ein Potential, welches in den nächsten Jahrzehnten am Rande des Existenzminimums den Werkträgern auf der Tasche liegen wird.

Die Unternehmer ergaunern sich Höchstprofite, aber für das Soziale und die Bildung soll der Werkträgern, der diesen Reichtum durch seine Arbeit schafft, bezahlen. In Hamburg gibt es 300 Betriebe, die durch Rüstungsproduktion hohe Profite erreichen. Durch ihren Einfluß auf die Politik, versuchen sie ständig den Bedarf an ihren Produkten zu erhalten. Dazu ist es dem Kapital recht, wenn die Politik es ihnen ermöglicht, möglichst Kriegsgebiete zu beliefern. Sterben auf solchen Schauplätzen deutsche Soldaten, werden ganze

Landstriche verwüstet, ist das dem Kapital auch wieder recht. Alles hebt direkt oder indirekt die Konjunktur.

Wie können wir dem begegnen? Werkträgern, Arbeiter, Angestellte, linke Gewerkschafter, Studenten und Schüler werden sich mit antifaschistischen Organisationen, welche von sich behaupten sozialistisch, kommunistisch oder christlich zu sein, Organisationen von MigrantenInnen, durch diesen Staat bzw. durch dieses System behinderte Gruppen, verbünden müssen.

Wir müssen aus den Fehlern der

Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahrzehnte lernen. Ansonsten wird sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital, dessen Staatsapparat und der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewe-

gung nach rechts verschieben. Es gibt genug Antikommunisten in Betrieben und Gewerkschaften. Gießen wir nicht noch mehr Wasser auf die Mühlen unsrer Feinde.
M., Hamburg

Neues aus der Demokratiebewegung in Bayern

A. Mit einem Riesenerfolg endete die Unterschriftensammlung zur Einleitung eines Volksbegehrens „Gentechnikfrei aus Bayern“. Anfang Januar werden ca. 200.000 beglaubigte Unterschriften, die von 50 Verbänden und Parteien gesammelt wurden, beim Innenministerium eingereicht. Hiermit wird ein Volksbegehren beantragt, das zum Ziel hat, daß gentechnikfrei produzierte Lebens-/ Nahrungsmittel ein Gütesiegel erhalten. Die CSU, die sich anfänglich strikt gegen ein solches Ansinnen ausgesprochen hatte, ist durch die Wucht dieser, nur einige Wochen laufenden Kampagne so geschockt, daß sie, zumindest äußerlich, auf dieses Thema eingeschwenkt ist. Sie wollen ein eigenes Gesetz, das ruck-zuck bereits dem Landtag vorgelegt wurde, verabschieden. Dieser verwässerte Entwurf soll über den Bundesrat auch bundesweit vorgelegt werden.

Wir, die Freunde der KPD, haben natürlich auch unterschrieben,

Listen weitergegeben und Kontakt mit den Aktivisten vor Ort aufgenommen. Wir würden uns freuen, wenn es im Mai/ Juni 98 zu diesem Volksbegehren und damit zu einer massenhaften und intensiven Diskussion über die Gentechnologie allgemein und speziell ihrer Anwendung in der Landwirtschaft käme. Dies würde zu einem festeren Zusammenschluß der Bauern, die auf Lokalvermarktung angewiesen sind, und den nicht an Genfood interessierten „Verbrauchern“ führen, sowie die Interessen der Chemiekonzerne, der CSU und Teilen der SPD blanklegen.

B. Nach den Feiertagen beginnt die Kampagne zum Sieg im Volksentscheid „Schlanker Staat ohne Senat“, der am 8. Februar stattfindet. Das Volk kann dieses Gremium von „Grüß-Gott-Onkeln“, das überflüssig wie ein Kropf ist, abwählen (Bericht folgt).

C. Im Frühjahr 98 startet das Volksbegehren „Mehr Demokra-

Fortsetzung auf S.16



OCTOBER 1997 - Nr. 4

Neu: Nr. 4!

Workers of the world, unite!

UNITY & STRUGGLE

Organ of the International Conference of Marxist-Leninist Parties and Organizations

UNITÉ ET LUTTE

Organ de la Conférence Internationale de Partis et Organisations Marxistes-Léninistes

UNIDAD Y LUCHA

Organ de la Conferencia Internacional de Partidos y Organizaciones Marxistas-Leninistas

Was ist los in der Welt?

In der Zeitung der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen findet man Analysen, Stellungnahmen, Berichte aus verschiedenen Ländern.

Unity & „Struggle“ erscheint in Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch und seit Nr.3 in Russisch. Jedes Heft kostet 7 DM zuzüglich Porto.

Bestellungen an: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Sozialismus-Seminar**„Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“**

Diskussionsveranstaltung um das 1996 im Verlag Roter Morgen erschienene Buch unter diesem Titel und damit zusammenhängende Fragen.

24./25. Januar 1998,

Beginn: 14.00 Uhr,

Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12

Als Podiumsredner haben bisher zugesagt:

Dr. Robert Steigerwald (DKP),

Diethard Möller (Vorsitzender des ZK der KPD),

Heiner Karuscheit und

Alfred Schröder (Aufsätze zur Diskussion)

Peter Urban (Vertreter des Autorenkollektivs).

Kontakt, Infos, Anmeldung bei:

Literaturvertrieb

Zeitungsverlag RM

Postfach 1942

61289 Bad Homburg

**Fortsetzung von S.15
Neues aus...**

tie in Bayern - Teil 2“. Kernpunkte dieses Begehrens sind:

1. Verankerung des Bürgerentscheids in der Verfassung
2. Ausbau der Volksgesetzgebung auf Landesebene
3. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Diese neue Initiative wurde notwendig auf Grund des Urteils des bayrischen Verfassungsgerichts vom 29.8.97. Hier wurde unter anderem entschieden, daß eingeleitete Bürgerbegehren keine Sperrwirkung mehr beinhalten. Das heißt, die Kommunen können in Wildwest-Manier noch kurz vor dem Bürgerentscheid Beschlüsse fassen und in die Tat umsetzen. Dies wurde von den Kommunalpolitikern in den letzten Monaten auch mehrmals versucht. Der Vorreiter war dabei der SPD-Landrat

von Coburg. Meist gingen die Initiatoren vor Gericht und gewannen - durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in letzter Instanz. Das bedeutet: Bis auf eine Ausnahme hat das höchste Verwaltungsgericht anders entschieden als das Verfassungsgericht. Was ist der Grund? Offensichtlich wollte man eine Radikalisierung der Bevölkerung in den betroffenen Kommunen verhindern. Die Menschen pochen auf ihr Recht des Bürgerentscheids, das mittels Volksentscheid 95/10 eingeführt wurde. Das Verfassungsgericht betrachtet dieses Gesetz, das in der Verfassung verankert ist, als Makulatur.

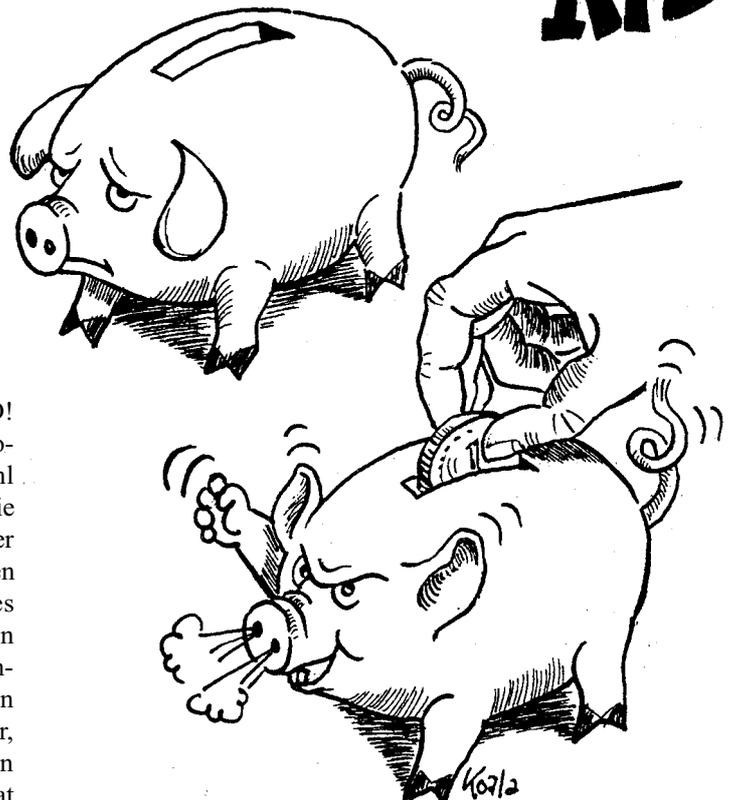
Man sieht, Bayern steht vor einem Jahr wichtiger Volksbegehren und Volksentscheide, die der volksdemokratischen Bewegung einen mächtigen Impuls verleihen werden.

**Jetzt für den
weiteren
Aufbau der
KPD spenden!**

**Spendensammlung
für die KPD**

Spendenliste:

11.11. C. Freiburg	10.-	S., Mainz	14.-
13.11. S. Bochum	15.-	27.11. T., Wienhsn.	14.-
17.11. H. Bremen	60.-	29.11. Stuttgart	70,46
S. Münster	500.-	U., Düsseld.	20.-
Büro Stuttg.	15.-	2.12. Büro Stuttg.	135.-
22.11. S. Kierspe	10.-	11.12. R., Gera	200.-
		13.12. Frankfurt	500.-
		Gesamt	1583,46



Büro des Verlag

RM und der KPD:

Kolbstr.5 (im
Hirtenhof)

70178 Stuttgart

Öffnungszeiten:

Mo 17-19 Uhr

Es geht voran mit der KPD! Der 9.Parteitag konnte eine positive Bilanz ziehen. Die Zahl der Mitglieder, der Orte, wo die KPD aktiv ist, ist gestiegen. Der Verlag RM und die KPD haben wieder ihr erstes öffentliches Büro. Doch gleichzeitig steigen die Anforderungen des Klassenkampfes. Die aufkeimenden Kämpfe erfordern immer mehr, daß die KPD aktiv eingreift. In den zurückliegenden Jahren hat die KPD mit Flugblättern, Plakaten, dem ROTEN MORGEN, wichtigen Büchern und Schulungsheften eine für ihre Größe

ungeheure Propagandaarbeit geleistet. Deshalb sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Spenden nach Kräften unter dem

Stichwort:

„30 Jahre RM“, Kto. 239997-759, Verlag RM D.Möller, Postgiri Karlsruhe, BLZ 66010075.